

Leseprobe aus:



ISBN: 978-3-87134-834-1

Mehr Informationen zum Buch finden Sie auf www.rowohlt.de.

Anne Ameri-Siemens

Ein Tag im Herbst

Die RAF, der Staat und der Fall Schleyer

Rowohlt · Berlin

1. Auflage März 2017

Copyright © 2017 by Rowohlt · Berlin Verlag GmbH, Berlin

Satz Benton Modern One PostScript (InDesign) bei

Pinkuin Satz und Datentechnik, Berlin

Druck und Bindung CPI books GmbH, Leck, Germany

ISBN 978 3 87134 834 1

Inhalt

Inhalt

Vorwort

2. Kapitel

Kapitel 1: «So endete der Herbst.»

4. Kapitel

Kapitel 2: «Meine Herren, mein ganzer Instinkt sagt mir, dass wir hier nicht nachgeben dürfen.»

6. Kapitel

Kapitel 3: «Sie machen Gefangene? Wirklich?»

8. Kapitel

Kapitel 4: «Was wäre zu sagen gewesen?»

10. Kapitel

Kapitel 5: «Dieser Zustand eines nicht mehr verständlichen Hinhaltens ist von mir nicht mehr lange zu verkraften.»

Die Gesprächspartner

Zur Geschichte der RAF

Literaturverzeichnis

Bildnachweis

Danksagung

Vorwort

Vor zehn Jahren habe ich ein Buch geschrieben, das die Geschichte der «Roten Armee Fraktion» (RAF) mit Blick auf die Opfer erzählt – und nicht, wie bis dahin meist geschehen, auf die Täter. Viele Angehörige von denen, die die Terroristen ermordet hatten, schilderten mir damals, was die RAF nie hatte sehen wollen: Wer die Menschen waren, die sie als Opfer gewählt hatte. Sie berichteten mir auch, wie ihr Leben nach den schrecklichen Taten verlaufen war, wie Politik und Gesellschaft ihnen begegneten, welche Fragen für sie in der Aufarbeitung der Geschichte des Linksterrorismus in der Bundesrepublik bis heute eine Rolle spielen, in welchen Bereichen sie immer noch auf Antworten hoffen. Und warten.

Für das Buch hatte ich auch Hanns-Eberhard Schleyer einige Male getroffen. Am stärksten blieben mir, auch lange nachdem die Arbeit an dem Buch abgeschlossen war, seine Schilderungen des 16. Oktober 1977 in Erinnerung. Ein Tag im Herbst, der – so stellt es sich mir dar – nicht nur im Fall des entführten Hanns Martin Schleyer Bedeutung hat, sondern bis in die Gegenwart hinein.

Am 15. Oktober 1977 stellte der damals dreiunddreißigjährige Hanns-Eberhard Schleyer, der älteste Sohn, im Namen seines Vaters beim Bundesverfassungsgericht den Antrag auf eine Einstweilige Anordnung. Im Eilverfahren. Hanns Martin Schleyer war am 5. September 1977 entführt worden. Die polizeiliche Fahndung nach ihm war wochenlang erfolglos geblieben. Helmut Schmidt, seine Beratergremien und das Kabinett hatten sich darauf geeinigt, dass den Forderungen der RAF nicht nachgegeben werden dürfe. Diese verlangte im Austausch gegen Hanns Martin Schleyer die Freilassung von elf verurteilten Terroristen.

Um den Druck auf die Regierung der Bundesrepublik zu erhöhen, war am 13. Oktober 1977 zudem ein Passagierflugzeug der Lufthansa entführt worden, die «Landshut». An Bord: einundneunzig Menschen. Diese zweite Geiselnahme trieb die Konfrontation auf die Spitze.

Während die «Landshut» auf Befehl der Terroristen über Rom und Zypern nach Dubai geflogen war, wandte sich die Familie Schleyer an das Bundesverfassungsgericht – in der Hoffnung, ihr Antrag würde die Wende bringen und das Urteil die Bundesregierung zum Austausch zwingen. In Karlsruhe wurde dann aber nach einem Verfahren, das in seiner Art einzigartig war, die bis dahin eingehaltene Linie bestätigt: Die Regierung ist frei in ihrer Entscheidung, auszutauschen oder nicht.

Wurde damit auch, diese Frage stellte sich mir damals in den Gesprächen mit Hanns-Eberhard Schleyer, eine Anleitung für die Zukunft geschaffen, wie mit dem Terror umzugehen ist? Würde sich eine Regierung je von der damals festgelegten Strategie, nicht auszutauschen, entfernen?

Bis heute hat es glücklicherweise nie wieder eine solche terroristische Tat in Deutschland gegeben, nie wieder standen die deutsche Politik und Justiz vor einem solchen Dilemma, aber die Frage, ob der Staat zum Schutze des Gemeinwohls Menschenleben gegeneinander aufrechnen darf, bleibt aktuell.

In der historischen Nachbetrachtung war 1977 das Jahr, in dem der Staat den Linksterrorismus besiegt hat. Der Deutsche Herbst hat die RAF in die gesellschaftliche Isolation geführt. Immer mehr kritische Stimmen wurden laut, auch unter denen, die der RAF bis dahin solidarisch gegenübergestanden hatten. Es begann der Prozess, der viele Jahre später, nämlich 1998, zur Selbstauflösung der Gruppe geführt hat. Nach der Entführung der «Landshut» und der Ermordung Hanns Martin Schleyers waren in Deutschland und ganz Europa diejenigen in der überwältigenden Mehrheit, die den Terror ablehnten, sich für die Verfassung aussprachen und den Opfern ihre Empathie ausdrückten. Die Terrorakte hatten die bestehende Gesellschaftsordnung letztlich gestärkt. Aber Hanns Martin Schleyer starb.

Hätte er gerettet werden können? Auch darum geht es in diesem Buch.

Nach den Gesprächen mit Hanns-Eberhard Schleyer wuchs mein Interesse, wie im Herbst 1977 mit der Frage umgegangen wurde, was der Staat tun muss, um Geiseln zu retten, und wie die politisch Verantwortlichen ihre Entscheidung, die RAF-Gefangenen nicht gegen den

Entführten auszutauschen, sahen. Und: Bewies der Staat durch die unmittelbar nach der Entführung festgelegte Linie, nicht auszutauschen, wirklich Stärke?

Darüber habe ich mit Menschen gesprochen, die den Deutschen Herbst auf ganz unterschiedliche Weise erlebt haben. Zum Beispiel als Angehörige der «Kleinen Lage», des engsten Beraterkreises um Bundeskanzler Helmut Schmidt, wie der damalige Innenminister Nordrhein-Westfalens Burkhard Hirsch oder Hans-Jochen Vogel, der 1977 Bundesjustizminister war. Ihm kam eine besondere Rolle zu, da er während der Wochen der Entführung den engsten Kontakt zu der Familie Hanns Martin Schleyers hielt. Darüber hinaus vertrat er die Bundesregierung in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht über den Antrag, den Hanns-Eberhard Schleyer im Namen seines Vaters gestellt hatte. Im Blick zurück kann man sich fragen, was die «Kleine Lage» für die Familie war: Hoffnungsträger, die zur Rettung des Entführten beitragen würden, Partner, aber notgedrungen nicht immer durchschaubar?

Ihre Erinnerungen an die Wochen im Herbst 1977, wie sie angesichts der Entführung empfanden und die Gesellschaft damals erlebten, auch ihre Einschätzung des Verfassungsurteils schilderten mir zum Beispiel der Jurist Heribert Prantl, der heute der Chefredaktion der «Süddeutschen Zeitung» angehört und damals Student war, Stefan Aust oder der Autor Friedrich Christian Delius, der bis 1973 im Verlag Klaus Wagenbach gearbeitet hatte, in dem auch Schriften der RAF erschienen waren und zu dessen Werk die Roman-Trilogie «Ein Held der inneren Sicherheit», «Mogadischu Fensterplatz» und «Himmelfahrt eines Staatsfeindes» gehört, die den Deutschen Herbst spiegelt. Ganz bewusst habe ich auch nach Gesprächspartnern gesucht, die damals wie heute nicht im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit standen, wie etwa der Stammheimer Justizvollzugsbeamte Peter Jesse oder der Strafverteidiger Klaus Eschen. Wichtig war mir auch die Perspektive des Opfers einer solchen Entführung und Gefangenschaft. Jan Philipp Reemtsma hat dazu Parallelen gezogen zwischen dem Fall Schleyer und dem, was er durchleben musste.

Da ich selbst, 1974 geboren, keine bewusste Erinnerung an den Deutschen Herbst habe, begann die Auseinandersetzung für mich mit Fragen zu dieser Zeit als Jugendliche – im Wissen, dass Schleyer nach langer Geiselhaft ermordet worden war. Das war für mich der Anfang seiner Geschichte, die plötzlich in mein Blickfeld rückte, als ich fünfzehn Jahre alt war. Damals fing ich an, mich ganz grundsätzlich mit dem Thema Linksterrorismus in der Bundesrepublik zu beschäftigen. Denn am 30. November 1989 hatte ein Kommando der RAF Alfred Herrhausen ermordet, nur wenige hundert Meter von meiner Schule entfernt.

Sein Wagen war am Morgen durch eine Lichtschranke gefahren, was die Explosion einer Bombe ausgelöst hatte. Die Terroristen hatten die Lichtschranke durch eine Baustelle getarnt – wochenlang war niemandem aufgefallen, dass dort gar nicht gebaut wurde. Der dunkle Mercedes des Deutsche-Bank-Chefs war mittags in allen Nachrichtensendungen zu sehen. Mit Bildern wie diesem ist meine Generation aufgewachsen, sie waren vielfach der Auslöser, sich mit der RAF auseinanderzusetzen.

So beginnt dieses Buch mit der Nachricht vom Tod der Geisel Hanns Martin Schleyer. Es erzählt von der gesellschaftlichen Stimmung in diesen Wochen des Herbsts 1977, die durch die Nachrichtensperre und die massiven Fahndungsmaßnahmen geprägt war, zurück bis zum 5. September, dem Tag der Entführung, und versucht auf diese Weise, die Atmosphäre dieser Zeit noch einmal lebendig werden zu lassen.



Waltrude Schleyer mit ihrem Sohn Hanns-Eberhard und Daimler-Benz-Vorstand Joachim Zahn auf dem Weg zur Trauerfeier für ihren ermordeten Mann

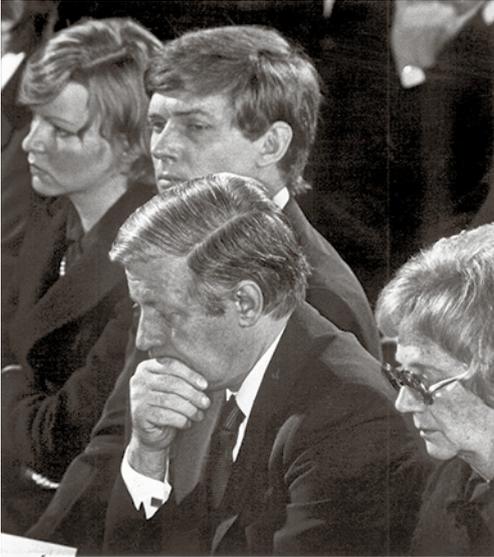
Kapitel 1: «So endete der Herbst.»

Hanns Martin Schleyer und die Toten von Stammheim

Es ist eine der großen bedrückenden Szenen in der Geschichte der Bundesrepublik. Am 25. Oktober 1977 findet der Staatsakt für Hanns Martin Schleyer statt. Vierundvierzig Tage war er als Geisel in der Gewalt der linksterroristischen Gruppe «Rote Armee Fraktion» gewesen. Dann ermordeten ihn die Terroristen.

Bundespräsident Walter Scheel führt Waltrude Schleyer, die Witwe, durch den Mittelgang der Stuttgarter Domkirche Sankt Eberhard. Sie nimmt in der ersten Reihe Platz – zwischen dem Bundespräsidenten und Bundeskanzler Helmut Schmidt, zu dessen anderer Seite Hanns-Eberhard Schleyer sitzt, ihr ältester Sohn – ein Stück weiter die drei jüngeren Brüder: Arnd, Dirk und Jörg.

Allen sind Trauer, auch Verzweiflung, anzusehen. Helmut Schmidt sitzt in sich zusammengesunken da. Mal hält er die Hand über die Augen, mal legt er sie über den Mund. In den Bänken hinter der Familie haben sich die Mitglieder des Krisenstabs versammelt.



Bundeskanzler Helmut Schmidt zwischen Waltrude und Hanns-Eberhard Schleyer beim Staatsakt in der Stuttgarter Domkirche Sankt Eberhard

In seiner Rede sagt der Bundespräsident, auch die anderen Staaten hätten jetzt begriffen, dass durch den Terrorismus ihre Ordnung, ja jede Ordnung gefährdet sei. Das merke man unter anderem daran, dass sowohl die Regierung der Sowjetunion als auch die der DDR «uns in diesen Tagen ihre Hilfe anboten». Wie aufrichtig dieses Angebot ist, zeigt sich nach dem Niedergang der DDR, als nach und nach ans Licht kommt, wie umfangreich das Ministerium für Staatssicherheit die terroristischen Gruppen in der Bundesrepublik unterstützt hat. Neben der RAF gehören dazu auch die «Bewegung 2. Juni» und die «Revolutionären Zellen».

In seiner Rede beschwört Scheel die Weltgemeinschaft, eine Konvention gegen Terrorismus zu beschließen. Wenn man auf die Forderungen der Entführer eingegangen und inhaftierte Terroristen freigelassen hätte, wäre ein «Flächenbrand» ausgebrochen. Um das zu verhindern, habe man Opfer bringen müssen. Scheel bittet die Familie Schleyer deshalb «im Namen aller deutschen Bürger» um Vergebung. Hanns

Martin Schleyers Tod müsse man als Einschnitt in der Geschichte begreifen.

Fünf Tage zuvor, am Morgen des 20. Oktober, hatte Helmut Schmidt vor den Abgeordneten des Bundestags eine Regierungserklärung abgegeben. Seine ersten Worte darin lauten:



Helmut Schmidt bei seiner Regierungserklärung am 20. Oktober 1977

«Das Bundesverfassungsgericht hat in den frühen Morgenstunden des 16. Oktober im Namen unseres Volkes für Recht erkannt: Die Artikel 1 und 2 unseres Grundgesetzes verpflichten den Staat, jedes menschliche Leben zu schützen. Diese Schutzpflicht ist umfassend. Sie gebietet dem Staat, sich schützend und fördernd vor dieses Leben zu stellen; das heißt vor allem, es auch vor rechtswidrigen Angriffen von Seiten anderer zu bewahren. An diesem Gebot haben sich alle staatlichen Organe, je nach ihren besonderen Aufgaben, auszurichten.

Alle staatlichen Organe! Das Verfassungsgericht hat hinzugefügt: Das Grundgesetz begründet eine Schutzpflicht nicht nur gegenüber dem Einzelnen, sondern auch gegenüber der Gesamtheit aller Bürger.

Die Wahrnehmung dieser doppelten Pflicht setze voraus, dass die staatlichen Organe ihre Maßnahmen der Vielfalt der jeweiligen konkreten

Situation ohne Festlegung auf ein bestimmtes Verhalten anpassen können.»

In seiner Rede rechtfertigt Helmut Schmidt darüber hinaus das Vorgehen innerhalb der letzten sechs Wochen und lobt, wie die Parteien, wie Opposition und Regierung miteinander kooperiert hätten, «im Handeln und in der Verantwortung». Schmidt betont, dass diese vollständige Zusammenarbeit natürlich eine Ausnahme darstelle, lässt aber keinen Zweifel daran, dass sie notwendig gewesen sei.

Nach ihm erhält der Oppositionsführer Helmut Kohl das Wort. Er spricht den Angehörigen von Hanns Martin Schleyer seine Anteilnahme aus, erzählt von seiner Trauer und der Freundschaft, die ihn mit Schleyer verband. Am Schluss seiner Rede mahnt er, da ein Ende des Terrorismus nicht absehbar sei, jetzt «so zügig, so schnell wie möglich alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, in der Gesetzgebung genauso wie bei der notwendigen Verbesserung von Organisation und Ausbildung unserer Polizei- und Sicherheitsorgane».

Beide, sowohl Schmidt als auch Kohl, stellen die Wochen des Deutschen Herbsts als schwere Krise des Rechtsstaats dar, die nun beendet sei. Zu diesem Ende gehören die Ermordung des zweiundsechzigjährigen Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer, seines Fahrers Heinz Marcisz, der einundvierzig Jahre alt war, der Polizeibeamten Roland Pieler (20), Helmut Ulmer (24), Reinhold Brändle (41) und des siebenunddreißigjährigen Piloten Jürgen Schumann sowie der Suizid der RAF-Gefangenen Andreas Baader (34), Gudrun Ensslin (37) und Jan-Carl Raspe (33).

Hanns-Eberhard Schleyer

Die Nachricht vom Tod meines Vaters nahm ich in der Nacht vom 19. Oktober 1977 entgegen. Es muss kurz vor Mitternacht gewesen sein. Meine Brüder, meine Mutter und ich hatten auf den Anruf des damaligen Justizministers Hans-Jochen Vogel mehrere Stunden lang gewartet. Die Anspannung dieser Stunden und der letzten Wochen wich mit ei-

nem Mal. Ich spürte nur noch eine große Leere, als Vogel uns mitteilte, dass die Suche nach meinem Vater vorbei sei. So endete der Herbst.

Nachdem Hanns Martin Schleyer sechs Wochen zuvor entführt worden war, hatten sich zwei Gremien gebildet, um darüber zu entscheiden, wie in diesem Fall vorzugehen sei: In dem «Großen Politischen Beraterkreis» waren durch die Fraktions- und Parteivorsitzenden paritätisch alle im Bundestag repräsentierten Parteien vertreten.

Die Linie gab im Wesentlichen die «Kleine Lage» vor, bestehend aus Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD), Bundesinnenminister Werner Maihofer (FDP), Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP), dem Innenminister von Nordrhein-Westfalen Burkhard Hirsch (FDP), Staatsminister Hans-Jürgen Wischniewski, den Staatssekretären Manfred Schüler, Siegfried Fröhlich und Heinz Ruhnau (alle SPD), dem BKA-Präsidenten Horst Herold, Generalbundesanwalt Kurt Rebmann sowie Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel (SPD). Die beiden Gremien tagten und berieten während der Dauer der Entführung, die alle im Land in Atem hielt, ununterbrochen – in ständigem Austausch mit dem Kabinett.

Hans-Jochen Vogel

Gegen 23 Uhr rief ich Hanns-Eberhard Schleyer an. «Der Tod Ihres Vaters steht nunmehr amtlich fest», sagte ich ihm. Als Justizminister hatte ich den Auftrag gehabt, während der Dauer der Entführung täglich mit ihm zu telefonieren und ihn über den Fortgang der Fahndung zu informieren. Von den Hunderttausenden Gesprächen, die ich in meinem Leben geführt habe, waren das nicht nur die ungewöhnlichsten, sondern auch die schwersten.



Der Audi, in dessen Kofferraum Hanns Martin Schleyers Leiche am 19. Oktober 1977 gefunden wurde, im elsässischen Müllhausen

Schon eineinhalb Stunden zuvor hatte die Deutsche Presse-Agentur (dpa) gemeldet, dass es sich bei dem im Kofferraum eines Audi Typ 100 gefundenen Toten um Hanns Martin Schleyer handelte. Die Rote Armee Fraktion, namentlich die Terroristen Peter-Jürgen Boock, Willy Peter Stoll, Stefan Wisniewski und Sieglinde Hofmann, hatten den Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie am 5. September 1977 in Köln entführt.

Schleyer war von den Terroristen zuletzt in einer Wohnung in Brüssel gefangen gehalten worden. Im Austausch gegen ihn sollten die RAF-Mitglieder Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Jan-Carl Raspe, Irmgard Möller, Werner Hoppe, Verena Becker, Hanna Krabbe, Karl-Heinz Dellwo, Bernhard Rössner, Ingrid Schubert und Günter Sonnenberg aus der Haft freigesetzt werden.

Hanns Martin Schleyer war, zu diesem Ergebnis kamen die Ermittler später, im Freien durch drei Kopfschüsse getötet worden. An seiner Kleidung hingen Tannennadeln und Grashalme. Nachdem die Identität der Leiche feststand, hatte Innenminister Werner Maihofer die Suche umgehend einstellen lassen.

Hans-Jochen Vogel

Trage ich Schuld am Tod von Hanns Martin Schleyer? Im hohen Alter, gerade jetzt, da der eigene Tod näher rückt, denke ich oft darüber nach. Am 20. Oktober 1977, einen Tag nachdem die Polizei Hanns Martin Schleyer tot aufgefunden hatte, beendete Helmut Schmidt seine Regierungserklärung im Bundestag mit den Worten: «Gott helfe uns!» Die tiefe Trauer, die wir alle angesichts der Tragödie empfanden, spiegelt sich in diesen Worten wider. Denn Schmidt ist kein gläubiger Mensch gewesen. Ich kann mich nicht erinnern, je wieder eine ähnliche Formulierung von ihm gehört zu haben. Haben wir uns schuldig gemacht? Die Frage begleitet mich seit 1977. Und die anderen von damals, die noch leben, sicher auch. Vier Jahrzehnte des Nachdenkens, aber ich komme immer wieder zu demselben Ergebnis: Ich habe Hanns Martin Schleyers Tod zwar nicht verschuldet, aber mitverursacht habe ich ihn doch. Mir, uns allen, die der «Kleinen Lage» angehörten, war klar, dass unsere Entscheidungen Einfluss darauf nahmen, ob er überleben würde. Man hoffte natürlich. Man glaubte bis zum Schluss, dass die polizeiliche Fahndung doch noch die Wendung bringen würde. Ich glaubte es.

Hans-Jochen Vogel hatte die Ehefrau Hanns Martin Schleyers auf eine tragische Nachricht vorzubereiten versucht. Ehe er am 19. Oktober kurz vor Mitternacht in Stuttgart anrief, hatte er sich einige Stunden zuvor schon einmal gemeldet und berichtet, dass Agenturmeldungen vorlägen, nach denen ihr Mann tot aufgefunden worden sei – diese Meldungen seien noch nicht bestätigt, doch es müsste mit dem Schlimmsten gerechnet werden. In Mülhausen / Mulhouse hatten Polizeibeamte am späten Nachmittag des 19. Oktober den Kofferraum eines grünen Audis aufgebrochen und darin eine männliche Leiche entdeckt – den Hinweis auf den Wagen hatte die Polizei von einer jungen Frau erhalten, die im Stuttgarter Büro der Deutschen Presse-Agentur angerufen hatte. Sie meldete sich mit «Hier RAF» und erklärte: «Wir haben nach dreiundvierzig Tagen Hanns Martin Schleyers klägliche und korrupte

Existenz beendet. Herr Schmidt, der in seinem Machtkalkül von Anfang an mit Schleyers Tod spekulierte, kann ihn in der Rue Charles Péguy in Mülhausen in einem grünen Audi 100 mit Bad Homburger Kennzeichen abholen. Für unseren Schmerz und unsere Wut über die Massaker von Mogadischu und Stammheim ist sein Tod bedeutungslos. Andreas, Gudrun, Jan, Irmgard und uns überrascht die faschistische Dramaturgie der Imperialisten zur Vernichtung der Befreiungsbewegungen nicht. Wir werden Schmidt und den ihn unterstützenden Imperialisten nie das vergossene Blut vergessen.»



Beamte sichern den Wagen, in dem die Leiche des ermordeten Hanns Martin Schleyer gefunden wurde

Burkhard Hirsch

Wir werden ihn finden, diese Hoffnung hegte ich während der gesamten Dauer der Entführung. Ob es den anderen Mitgliedern des Krisenstabs auch so ging? Ich kann es nicht sagen. Wir haben diese Frage nie diskutiert. Ebenso wenig wurde während der Wochen der Entführung überlegt, was wir machen würden, wenn wir Schleyer nicht finden. Im

Rückblick kann man natürlich sagen: Hätte man solche Überlegungen nicht anstellen müssen? Es ist leicht gesagt. Aber wann wäre der richtige Zeitpunkt dafür gewesen? Nach einer Woche erfolgloser Fahndung? Nach zweien, nach dreien? Wer hätte mit Sicherheit sagen können, dass wir nicht gerade dann auf der richtigen Spur waren, den Entführten ausfindig zu machen? Wir waren ja einige Male wirklich überzeugt, sein Versteck aufgespürt zu haben. Die Fahndung war eine riesenhafte Operation, die sich über erhebliche Teile Deutschlands erstreckte, bis hin zu den ehemaligen Bunkern aus dem Zweiten Weltkrieg in der Eifel, die einer nach dem anderen durchsucht wurden.

Von der Ermordung Hanns Martin Schleyers erfuhr der neunzehnjährige Peter Jesse während seines Diensts in Hohenasperg, dem Justizvollzugskrankenhaus für stationär behandlungsbedürftige Gefangene in Baden-Württemberg, wo er seine Ausbildung zum Vollzugsdienstleiter machte. Während seiner Pause hörte er die Nachricht im Radio. Seit einigen Wochen gehörte Jesse neben seinem Dienst in Hohenasperg einer Sicherungsgruppe an, die zur Unterstützung der Vollzugsbeamten im siebten Stock der Justizvollzugsanstalt Stuttgart im Ortsteil Stammheim gebildet worden war. Seit 1974 saßen dort die RAF-Mitglieder Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe und Andreas Baader in Haft.

Peter Jesse

1977 war der siebte Stock in Stammheim jedem ein Begriff: Für die Linke galt er – seit Jean-Paul Sartre dort im Dezember 1974 Andreas Baader besucht hatte sozusagen auch mit intellektuellem Siegel beglaubigt – als Folterkammer. In Interviews hatte der französische Philosoph nach dem Treffen gesagt, die RAF-Häftlinge würden in schallgedämmten Zellen mit Dauerbeleuchtung isoliert. Sie lebten allein, zu hören gäbe es für sie nichts außer den Schritten des Vollzugsbeamten, der ihnen das Essen brächte. Das wäre nicht «Folter wie bei den Nazis», jedoch eine «andere Folter, eine Folter, die psychische Störungen herbeiführen soll». Später kam heraus, dass Sartre fälschlicherweise die Besucherzelle

im siebten Stock für Andreas Baaders Zelle gehalten hatte, die wiederum ein Fenster hatte, in der abends das Licht gelöscht werden konnte, die etwa zwanzig Quadratmeter groß war und die an einen Korridor grenzte, auf dem er sich acht Stunden am Tag mit den anderen RAF-Häftlingen aufhalten durfte.

Sartres Besuch war in die Zeit eines Hungerstreiks gefallen. Es war der 94. Tag, als er mit Baader zusammengetroffen war, der – so erzählte mein Kollege Horst Bubeck, der als verantwortlicher Vollzugsbeamter bei dem Besuch anwesend gewesen war – hochgradig nervös und fahrig gesprochen hatte: am wenigsten jedoch über die Haftbedingungen. Vielmehr hatte er stoisch eine Erklärung vorgelesen. Wenn Sartre Nachfragen stellte, las Baader den letzten Satz einfach noch einmal vor. Ein richtiges Gespräch hatte gar nicht stattgefunden.

Als Sartres Chauffeur vom Stuttgarter Flughafen nach Stammheim hatte sich Hans-Joachim Klein angeboten. Ein Jahr später gehörte er dem Kommando der «Revolutionären Zellen» an, das die OPEC-Konferenz in Wien überfiel, um auf den «Befreiungskampf der Palästinenser» hinzuweisen. Ein österreichischer Kriminalbeamter, ein libyscher OPEC-Delegierter sowie ein irakischer OPEC-Beamter wurden getötet und siebzig Menschen als Geiseln genommen. Kontakte zu den «Revolutionären Zellen» unterhielt Klein wohl schon 1974.

Der Besuch Sartres in Stammheim war ein seltsames Schauspiel. Gezielt hatte die RAF den französischen Philosophen für ihre Zwecke manipuliert. Dass er zu ihnen ins Gefängnis kam, war ein Zeichen der Solidarität. Und er tat anschließend genau das, was die Gruppe gewollt hatte: Er untermauerte mit seinen Äußerungen vor der Presse den Mythos der Isolation in Stammheim.



Jean-Paul Sartre am 4. Dezember 1974 auf dem Weg zum Stammheimer Untersuchungsgefängnis

Für meine Kollegen, die dauerhaft im siebten Stock arbeiteten und täglich mit Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe und Irmgard Möller zu tun hatten, war es ein Ort ständiger Anfeindungen durch die Gefangenen, die – bis zu dem Tag, an dem Hanns Martin Schleyer entführt worden war – Haftbedingungen gehabt hatten, wie es sie zuvor in keiner deutschen Justizvollzugsanstalt gegeben hatte. Sie bezogen sechzehn Tageszeitungen, ihre Bibliothek umfasste mindestens dreihundert Bücher, die in der sogenannten «Bücherzelle» untergebracht waren. Daneben gab es eine Zelle für die Prozessakten – unzählige, dicke Leitzordner füllten hier die Regale. In der «Fresszelle» wurde das Essen gelagert, die «Extrakost», die es neben der üblichen Verpflegung der JVA gab. Zu den vielen Sonderregeln und Vergünstigungen, die für die RAF-Gefangenen galten, gehörte, dass sie zusätzlich zur üblichen Verpflegung Obst bestellen durften – auf Anordnung vom Arzt, begründet mit ihrem Ge-

sundheitszustand, der nach den Hungerstreiks beeinträchtigt war. Bezahlt wurden die Lieferungen eines Stuttgarter Feinkostgeschäfts durch Spenden von Sympathisanten und Angehörigen der Gefangenen. Es gab Trauben aus Südafrika oder Israel. In dem Fall spielte es für die Gefangenen keine große Rolle, dass sie dem Staat Israel ja eigentlich Faschismus vorwarfen.

Andreas Baader, der gemeinsam mit Gudrun Ensslin den Ton in der RAF angab, hatte zeitweise zweimal pro Woche Massagetermine und in seiner Zelle mit der Nummer 719 gab es einen Plattenspieler, ein Radio und einen Fernseher. Vom Fenster aus blickte man über Felder und Straßen. An den Wänden hingen eine Landkarte und ein Poster von Che Guevara.

In dieser Zelle hatte Baader, wenige Stunden bevor ich die Nachricht von Schleyers Tod hörte, Suizid begangen. Ein Kopfschuss. Meine Kollegen fanden ihn während der morgendlichen Kontrolle der Zellen. Baader lag in einer Blutlache auf dem Boden vor dem Fenster – ein Jahr zuvor hatte sich Ulrike Meinhof an diesen Gitterstäben erdrosselt. Gudrun Ensslin hatte sich in der gegenüberliegenden Zelle mit dem Kabel ihrer Lautsprecherbox erhängt. Jan-Carl Raspe hatte noch gelebt, als er gefunden wurde, starb aber wenig später, ebenfalls infolge eines Kopfschusses.

Nach meiner Pause ging ich zurück zu meiner Dienststelle in der chirurgischen Abteilung von Hohenasperg. Ich war zur Wache auf dem Korridor vor einem schmalen, nüchternen Haftraum eingeteilt. Nur ein Bett stand darin, umgeben von Monitoren und Geräten, um Herz und Atmung der inhaftierten Patientin zu überwachen. Wegen ihrer akuten Suizidgefahr musste eine weibliche Vollzugsbeamtin neben dem Bett sitzen. Die Tür stand offen. Ich nickte meiner Kollegin kurz zu. Die Gefangene war blass und ausgezehrt, sie wirkte alt, obwohl sie das gar nicht war. Sie hatte Stichwunden in der Herzgegend, zugefügt mit einem Besteckmesser aus der Justizvollzugsanstalt. Die Wucht, mit der zugestoßen worden war, muss enorm gewesen sein, denn diese Messer sind vollkommen stumpf. Sobald sie ihr Bewusstsein zurückerlangt hatte, erzählte sie, nachts seien Männer in ihre Zelle eingedrungen und hätten versucht, sie zu ermorden. Mit Messern sei auf sie eingestochen worden.

Die Gefangene, um die ich mich in dieser Nacht kümmerte, war Irmgard Möller, die mit Baader, Ensslin und Raspe im siebten Stock inhaftiert gewesen war – und die als Einzige die Nacht vom 18. Oktober überlebt hatte.

Möller war nach dem Suizid von Ulrike Meinhof im Mai 1976 die Wunschkandidatin Gudrun Ensslins gewesen, die sich mit allem, was sie aufzubieten hatte – auch der Drohung, erneut in einen Hungerstreik zu treten – in die Frage eingemischt hatte, welches weibliche RAF-Mitglied im siebten Stock auf Meinhof nachfolgen sollte. Andere weibliche RAF-Häftlinge hatte sie entschieden abgelehnt. Ensslin hielt es wohl für gewiss, dass Irmgard Möller sich ihr und Andreas Baader unterordnen würde. Ähnlich wie Raspe es tat. So war die Hierarchie im siebten Stock. Der angedrohte Hungerstreik war das Mittel der Gefangenen, um ihren Willen durchzusetzen. Was ihnen viel zu oft gelang.

An der These, es habe sich um staatlichen Mord – und in ihrem Fall versuchten Mord – gehandelt, hielt Irmgard Möller eisern fest. Ähnlich wie nach dem Tod von Ulrike Meinhof behauptet wurde, diese sei vom Staat umgebracht worden.



Die Anwälte von Baader, Ensslin und Raspe äußern am 19. Oktober erhebliche Zweifel am Selbstmord ihrer Mandanten

Nach Ulrike Meinhofs Tod am 9. Mai 1976 war es in vielen Großstädten der Bundesrepublik zu Demonstrationen gekommen. Vielfach wurde der Selbstmord angezweifelt – und nicht nur von Sympathisanten der RAF. Aus der Studentenbewegung, die sich 1966 zu bilden begonnen hatte, waren drei Jahre später verschiedene Splittergruppen hervorgegangen. Das Spektrum reichte von Stadtteilarbeit und dem Versuch, durch die Arbeit in Fabriken Arbeiter zu politisieren, bis zu Demonstrationen und Aktionen gegen Immobilienspekulation. Mit dem «bewaffneten Kampf» wollte die Mehrzahl von ihnen nichts zu tun haben, fühlte sich aber mit den RAF-Mitgliedern verbunden. Johnny Klink, der in den siebziger Jahren neben dem späteren Außenminister Joschka Fischer und dem EU-Abgeordneten Daniel Cohn-Bendit dem Protestmilieu in Frankfurt am Main angehörte, bei Opel arbeitete und junge Arbeiter für den revolutionären Kampf gewinnen wollte, erinnerte sich: «Viele haben geglaubt, sie wäre vom Staat umgebracht worden. Da war ein Solidaritätsgefühl. Ich habe Ulrike Meinhof auch als eine von uns gesehen, obwohl ich mit der RAF gar nichts zu tun hatte: Trotzdem hatte man das Gefühl, dass das eine von uns ist, die da umgebracht wurde.» Vom Staat, «der Repression», wie man damals gedacht habe, so Klink. Meinhofs Tod wurde als Anschlag «auf die eigene politische Identität» wahrgenommen.

Entsprechend waren die Reaktionen: Trotz Verboten wurde am 10. Mai 1976 demonstriert. In der Innenstadt von Frankfurt am Main floßen erstmals nicht nur Steine und ähnliche Wurfgeschosse, sondern auch Molotowcocktails. Einer der Brandsätze wurde in einen Polizeiwagen geworfen. Von einer «lebenden Fackel» berichteten die Zeitungen am nächsten Tag und meinten damit den dreiundzwanzigjährigen Polizeiobermeister Jürgen Weber, der sich nicht gleich aus dem Fahrzeug hatte befreien können und, nachdem er herausgezogen worden war, mit schweren Verletzungen nur knapp überlebte. Und selbst in einer Rede, die Joschka Fischer als Reaktion auf dieses Ereignis, diese Gewaltentgleisung hielt, trat er noch für die «Solidarität mit den Genossen» ein. Allerdings rief er eben «die Genossen» vor den etwa zehntausend Zu-

hören auf dem Frankfurter Römerberg auch dazu auf, die «Bomben wegzulegen» und «runterzukommen von ihrer bewaffneten Selbstisolation». Er erinnerte noch einmal an den Tod Ulrike Meinhofs: «Ulrike» sei «im Knast von der Reaktion in den Tod getrieben, ja im wahrsten Sinne des Wortes vernichtet» worden. Vor diesem Hintergrund war es für viele ein Jahr später vorstellbar, dass Baader, Ensslin und Raspe umgebracht worden waren.

Peter Jesse

Auch der damalige RAF-Anwalt und spätere Innenminister Otto Schily verbreitete diese Überlegung, obwohl jeder mit Sicherheit wusste, dass es nicht der Wahrheit entsprach, aber natürlich unter meinen Kollegen Angst schürte, als Folter- oder Mordgehilfe an den Pranger gestellt zu werden. Man muss sich die Anfeindungen damals vorstellen. Wer in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart arbeitete, war, ob er wollte oder nicht, Teil einer politischen Auseinandersetzung geworden. Es gab Phasen, zum Beispiel als der Prozess gegen die führenden Köpfe der RAF eröffnet wurde, da standen um das Gelände Schützenpanzer und Sicherheitsbeamte mit Maschinenpistolen, da patrouillierte berittene Polizei. Es herrschte Ausnahmezustand.

Auch andere wurden unfreiwillig und ungefragt Teil dieses Konflikts, so sehr, dass er das Leben maßgeblich bestimmte. Christiane Ensslin, die ältere Schwester von Gudrun Ensslin, erinnerte sich 2002 in einem Interview, wie sie, nachdem in Stammheim 1975 die Hungerstreiks begonnen hatten, regelmäßig Morddrohungen bekam. Wenn sie ihre Wohnung verließ, rief sie vorher Freunde an, die sie begleiteten, damit sie unversehrt ihrem Alltag nachgehen konnte. Am schlimmsten, so Ensslins Blick zurück, seien die Aufläufe vor dem Gefängnis in Stammheim gewesen. «Der Weg vom Taxi zum Eingang war furchtbar, man wurde beschimpft und angespuckt.» 1976 sah sie ihre Schwester während eines Besuchs zum letzten Mal. Wut oder Verzweiflung darüber, dass deren Lebensweg ihren eigenen beeinflusste, habe sie nie empfunden. «In

dieser Zeit war das Persönliche politisch und das Politische persönlich. Sich für die revolutionären Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse zu engagieren, war damals selbstverständlich. Insofern habe ich Gudrun nie dafür verflucht, dass sie diesen Weg gegangen ist – mit all den Konsequenzen. Ich habe auch nie versucht, sie umzustimmen.» Die RAF sei eine Gruppe gewesen, die aus der zerfallenden Studentenbewegung hervorgegangen war, so Christiane Ensslin, ihren politischen Hintergrund könne man nicht leugnen. Aber: Als Befreiungskämpfer – und so habe die RAF sich verstanden – dürfe man keine Gefangenen machen und sie dann noch erschießen. «Menschen umzubringen und das mit politischen Zielen rechtfertigen zu wollen, ist für mich ausgeschlossen.»

Peter Jesse

Die Unzugänglichkeit der Terroristen erstaunt mich bis heute, vor allem aber ihre Radikalität. Gegenüber ihren Opfern. Aber auch gegenüber sich selbst, dem eigenen Körper. Sie hatte sich während der Hungerstreiks der vorherigen Jahre gezeigt und spiegelte sich nun in den Suiziden oder in Irmgard Möllers Fall dem versuchten Suizid wider.

In dem Buch «Der blinde Fleck», das 1987 erschien, veröffentlichte Christiane Ensslin einen Beitrag über ihre Zweifel daran, dass es sich beim Tod ihrer Schwester um Selbstmord gehandelt habe. Er beginnt mit dem Satz: «Alle Kreter lügen, sagte der Kreter.» Sie schrieb, dass sie nicht wisse, was in jener Nacht passiert sei. Die Zellen seien zuvor abgehört worden, aber von dieser Nacht gäbe es keine Aufzeichnungen.

Die RAF-Gefangenen hatten ein Informationssystem, «Zellenzirkulare», also Schriftstücke, über die sie sich gegenseitig informierten. Der BKA-Beamte Alfred Klaus interpretierte diese so, dass Gudrun Ensslin die Gruppe zum Selbstmord aufgerufen hätte. «Das ist die Interpretation eines BKA-Beamten», so ihre Schwester 2002 im Interview. «Aber ein eindeutiger Aufruf geht aus diesem Schreiben nicht hervor, man könnte das genauso gut anders interpretieren. Zumal die Sprache der

Kassiber schwer zu entschlüsseln ist. Ich weiß heute, dass in Stammheim viel über Selbstmord diskutiert wurde. Ich glaube, so etwas geht jedem Gefangenen durch den Kopf und jedem Lebenslänglichen sowieso. Aber das ist noch kein tauglicher Beweis für tatsächliche Selbstmorde. Außerdem: Wenn Gudrun wirklich dazu aufgerufen hat und der Beamte das wusste, kann ich überhaupt nicht verstehen, wie es zum Selbstmord kommen konnte. Das waren immerhin Gefangene in Obhut des Staates. Hätte der Staat dann nicht auch darauf achten müssen, dass diese Menschen am Leben bleiben?»

Der Journalist und langjährige spätere «Spiegel»-Chefredakteur Stefan Aust erfährt am Morgen des 18. Oktober von den Toten in Stammheim. Er beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit der Geschichte der RAF, hat sie genau rekonstruiert und analysiert und zählt zu ihren besten Kennern.

Stefan Aust

Ich war auf dem Weg von Hamburg nach Verden an der Aller zu einem Gerichtstermin, da ich auf der Autobahn einem anderen Wagen – einem zivilen Polizeifahrzeug, wie sich herausstellte – zu dicht aufgefahren war, so der Vorwurf, und mich nun dafür verantworten sollte.

Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe begingen Selbstmord. Davon war ich vom ersten Moment an überzeugt. Aber es gibt eine zentrale Frage, die bis heute ungeklärt ist: Wurden die Gefangenen in Stammheim während der Entführung Hanns Martin Schleyers abgehört?

Ich habe mich damit in den letzten Jahren immer wieder intensiv beschäftigt. Es gibt viele überzeugende Indizien, die darauf hinweisen, dass es so gewesen sein muss. In den Zellen im siebten Stock war die dafür notwendige technische Ausstattung installiert worden. Das ist nachgewiesen. Man kann auch rekonstruieren, wie diese Technik funktioniert hat. Ob sie in der Nacht des 18. Oktober benutzt wurde oder nicht, kann ich nicht nachweisen. Doch Hinweise darauf gibt es. Ich könnte mir vorstellen, dass es eine Aufzeichnung der Todesnacht gibt, die viel-

leicht sogar noch existiert. Ein solches Dokument würde man nicht vernichten. Man stelle sich vor, dass dem Staat gegenüber irgendwann bewiesen werden kann, dass abgehört wurde – und dann stellt sich heraus, dass das oder die Bänder dieser Nacht vernichtet wurden. Es würde den Verdacht, ob die Gefangenen doch durch äußere Gewalt zu Tode kamen, enorm nähren. Vielleicht liegen die Bänder der Todesnacht irgendwo in irgendeinem Archiv und könnten im Notfall herausgezogen werden. Dann hätte man den unumstößlichen Beweis, wie sich Herr Baader von Frau Ensslin verabschiedet hat.

Davon auszugehen, dass abgehört wurde, ist auch deshalb so naheliegend, weil Gespräche zwischen den Gefangenen und ihren Anwälten in den Besucherzellen im siebten Stock während des Prozesses in Stammheim abgehört wurden. Das hat der Staat zugegeben. Der Entscheidung, dass die Besucherzellen abgehört werden, geht ein Schriftwechsel im Justizministerium Baden-Württembergs voraus, der mir vorliegt. Daraus lässt sich unzweifelhaft ableiten, dass die eigentliche Absicht nicht darin lag, die Gespräche zwischen den RAF-Mandanten und ihren Verteidigern abzuhören, sondern für einen Entführungsfall gerüstet zu sein und die technischen Voraussetzungen zu haben, um die Hafträume der Gefangenen überwachen zu können. Wenn es irgendeinen Grund gegeben hätte, diese in vielen Schritten mühsam entwickelte und installierte Technik einzusetzen, dann doch während der Schleyer-Entführung.

Viele Bruchstücke der RAF-Geschichte haben sich in den letzten Jahrzehnten zu einem immer vollständigeren Bild zusammengesetzt. Auch dieses eine fehlende Teil könnte sich in das Bild einfügen.

Die Deutsche Presse-Agentur meldete am Morgen des 18. Oktober, gemäß der Information des baden-württembergischen Justizministeriums hätten sich die zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilten Terroristen Gudrun Ensslin und Andreas Baader das Leben genommen. Die Meldung ging etwa gegen 9 Uhr morgens raus. Vier Stunden zuvor waren die «Landshut» mit den befreiten Geiseln und das Flugzeug mit Hans-Jürgen Wischniewski an Bord in Mogadischu gestartet. Jan-Carl Raspe lebte noch, als die dpa den Tod von Baader und Ensslin bekannt gab. Er starb vierzig Minuten später aufgrund seiner schweren Kopfverletzung.

In Bonn kam das Bundeskabinett zu einer Sondersitzung zusammen. Anschließend trafen sich die Mitglieder des «Großen Politischen Beraterkreises».



Nach den Selbstmorden in Stammheim: Hans-Jochen Vogel unterrichtet Helmut Schmidt

Burkhard Hirsch

Die Nachricht vom Tod der Gefangenen in Stammheim traf uns tief. Damit spitzte sich die Lage für Hanns Martin Schleyer weiter zu. Jeder Beamte des BKA und der Landespolizei, die ohnehin seit sechs Wochen unter enormem Druck arbeiteten, wusste: Jetzt geht es nur noch um Stunden. Der Zorn der Terroristen, ihr Ziel nicht erreicht zu haben, und der Hass auf den Staat, würden als Erstes Hanns Martin Schleyer treffen. Ich habe Helmut Schmidt in dieser schwierigen Phase bewundert, ja, während der gesamten Dauer der Entführung. Er führte die Sitzungen der Beraterkreise mit großem Ernst, knallhart und ohne jede Emotion.

In seinem Inneren wird es mit Sicherheit anders ausgesehen haben – wie in jedem von uns. Die Verantwortung, über das Leben eines anderen Menschen zu entscheiden, empfanden wir alle als ausgesprochen bedrückend. Jeder Einzelne war betroffen und tief bemüht, das Richtige zu tun. Aber Schmidts Entschlossenheit sorgte dafür, dass keiner sich je von seinen persönlichen Gefühlen leiten ließ, diese je erwähnte oder Unsicherheiten oder Zweifel an der gewählten Strategie durchdringen ließ. Wir hielten an der von ihm vorgegebenen Sachlichkeit fest.



Die «Bild»-Zeitung vom 19. Oktober 1977 stellt die entscheidende Frage: Und Schleyer?

Jan Philipp Reemtsma studierte im Herbst 1977 in Hamburg Germanistik und Philosophie. Er war vierundzwanzig Jahre alt. Im Alter von sechszwanzig Jahren trat Reemtsma dann sein Erbe an und verkaufte die Anteile an der H. F. & Ph. P. Reemtsma GmbH, die von seinem Vater auf ihn übertragen worden waren. 1984 gründete er das Hamburger Institut für Sozialforschung, dessen Vorstand er ist. Ebenfalls im Jahr 1984 gründete er die Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur und förderte zahlreiche Editionen, unter anderem

von Jean Améry und Theodor W. Adorno. Neunzehn Jahre nach dem Deutschen Herbst und der Ermordung Hanns Martin Schleyers wurde Reemtsma Opfer einer Entführung. Es ging dabei um Geld – dreißig Millionen, damals noch Deutsche Mark. Dreiunddreißig Tage wurde Reemtsma von seinen Entführern angekettet gefangen gehalten. Unter dem Titel «Im Keller» schrieb er ein Buch über das Erlebte.

Jan Philipp Reemtsma

Nun weiß ich ja, wie es ist, sehr lange unter Todesdrohung zu leben. Ich bin der Meinung, dass es vollkommen richtig war, wie Helmut Schmidt im Krisenstab entschieden hat. Sich in einer solchen Situation keine Emotionen zu erlauben, ist womöglich der einzige Weg, diesen langen Zeitraum durchzustehen, wenn einmal beschlossen ist, dass es eben nur den einen Weg geben darf: die Gefangenen nicht auszutauschen.

Im Fall der Entführung, die ich durchleben musste, war es meine Frau, bei der die Entscheidung erzwungenermaßen lag: Stimmt sie den Forderungen der Entführer zu? Bleibt die Polizei involviert? Aufgrund eklatanter Fehler während der Fahndung entschied sie sich irgendwann dagegen. Diese Möglichkeit der Entscheidung hatten die Angehörigen Hanns Martin Schleyers nicht. Aber tatsächlich muss man in einer solch extremen Situation sehr kontrolliert sein, sonst entgleist man. Darüber haben meine Frau und ich nach meiner Freilassung gesprochen, uns beiden war es während der Entführung so ergangen. Ich hatte Sorge, die nötige Contenance – einmal aufgegeben – nicht mehr finden zu können. Schlimmer noch als die andauernde Todesangst war für mich das Gefühl, aus der Welt gefallen zu sein, nicht zu wissen, wo ich mich befand. Ich hätte nicht einmal sagen können, in welche Himmelsrichtung die Entführer mit mir gefahren waren. Ich war einfach weg. Genauer: aus der Welt geschlagen worden. Niedergeschlagen, in ein Auto gezerrt, in einem Keller eingesperrt. Das Aus-der-Welt-Sein blieb während der dreiunddreißig Tage das beherrschende Gefühl.

Helmut Schmidt hat viele Jahre nach dem Deutschen Herbst gesagt, er habe mit seiner Entscheidung auch Schuld auf sich geladen. Wie er bei

der Trauerfeier für Hanns Martin Schleyer neben dessen Witwe saß, hat sich mir eingebrannt: furchtbar. Für beide, natürlich. Auch für die anderen Angehörigen des Krisenstabs, die ja ebenfalls entschieden hatten. Besonders für Helmut Kohl, der Schleyers Freund war.

Helmut Kohl, der sich der RAF im Austausch gegen Hanns Martin Schleyer als Geisel angeboten hatte, schrieb Waltrude Schleyer nach der Beerdigung ihres Ehemanns:

Erst heute, am Ende der Woche, in der wir von Hanns Martin Abschied nahmen, kann ich Dir schreiben. Anteilnahme und Beileid sind bloße Worte angesichts dessen, was uns bewegt. Bischof Moser hatte recht mit seiner Predigt, dass uns bei so viel Leid und Heimsuchung die Worte fehlen.

In den schlimmen Wochen nach dem 5. September standen immer das Bild Deines Mannes, aber auch die fragenden Gesichter von Euch allen vor meinen Augen. In vielen Gesprächen, in Tagen und Nächten, habe ich den schrecklichen Konflikt zwischen Freundschaft und bitterer Pflicht durchlebt. Jetzt kann ich nur beten und Dich und Deine Kinder um Vergebung bitten. Ich hoffe zu Gott, dass er, trotz allem, Dir und den Deinen Trost gewährt.

Lass es mich bitte wissen, wenn ich Dir und Deinen Kindern helfen kann.

Dein Helmut Kohl.

Peter Jesse

Wir rechneten nach den Suiziden von Baader, Ensslin und Raspe mit möglichen Racheakten der RAF oder ihren Sympathisanten. Oder beiden. Alles schien möglich in diesen Tagen: Vergeltungsschläge gegenüber den politisch Verantwortlichen, gegenüber uns Vollzugsbeamten – wir waren in den Augen der RAF und deren Anhängern ja die «Schweine», die Vertreter eines faschistoiden Unterdrückersystems, das Gefan-

gene in den letzten Jahren durch Isolation gefoltert und einige von ihnen jetzt umgebracht hatte.

Der Staat, wie das Gefüge der Verantwortlichen so oft zusammengefasst wird, hatte zu dieser Kluft beigetragen. Von der Isolation der Gefangenen – etwa von Ulrike Meinhof, die von Juni 1972 bis Februar 1973 im «Toten Trakt» der JVA in Köln-Ossendorf inhaftiert gewesen war – hatten wir natürlich gehört. Für die Gefangenen sind solche Maßnahmen fatal, denn sie ziehen seelische und körperliche Schäden nach sich. Acht Monate lang hatte Ulrike Meinhof in der stillen Abteilung in Köln-Ossendorf gesessen, in Einzelhaft, in einer gegen alle Außengeräusche abgedichteten Zelle, in der vierundzwanzig Stunden am Tag das Licht brannte. In Briefen, die sie während ihrer Isolationshaft schrieb, zog Ulrike Meinhof Parallelen zwischen ihrer Gefangenschaft und Auschwitz, der Grausamkeit und Entmenschlichung, die dort stattgefunden hatten und die sie auch in ihren Haftbedingungen sah. Mit diesen Maßnahmen hatte der Staat nicht nur ihr, sondern auch der Gesellschaft geschadet. Die Empörung über die Haftbedingungen führte der RAF Sympathisanten zu.

Denn wirklich mächtig war die RAF als Gruppe im Untergrund nicht gewesen. Mächtig wurde sie erst, als sich die Mitglieder im Gefängnis zu Opfern stilisierten. In Stammheim aber hatten sie bis zu dem Zeitpunkt, als Hanns Martin Schleyer entführt wurde, mehr als faire Haftbedingungen gehabt. Keiner von ihnen war je isoliert. Aber der Verdacht, der Staat würde seine Gefangenen foltern – oder sogar noch Schlimmeres tun –, lag in der Luft. Jetzt kamen mit Baader, Ensslin und Raspe drei Tote dazu, das heizte die Stimmung gegen Politik und Justiz enorm an. Ich erinnere mich, dass den drei Toten zudem zunächst die Beerdigung auf dem Stuttgarter Friedhof verwehrt werden sollte, bis CDU-Oberbürgermeister Manfred Rommel den entscheidenden Satz sagte: Jenseits der Todesschwelle habe jegliche Feindschaft ein Ende.

Wäre es nach dem damaligen Ministerpräsidenten Hans Filbinger (CDU) gegangen, hätten die Leichen von Raspe und Baader nach Frankfurt und Berlin gebracht werden sollen, wo ihre Angehörigen lebten. Die letzte Stätte von drei Terroristen, zu denen die Sympathisanten pilgerten, wollte er in seinem Bundesland wohl nicht haben – wie im Übrigen

auch eine nicht geringe Zahl Stuttgarter Bürger, die damit drohten, ihre auf dem Dornhaldenfriedhof bestatteten Angehörigen umbetten zu lassen. Die Familie von Gudrun Ensslin hatte darum gebeten, dass die drei Toten in nebeneinanderliegenden Gräbern bestattet werden, wofür Manfred Rommel Verständnis hatte. Vielleicht, weil er als Sohn von Erwin Rommel, Feldmarschall der Wehrmacht im Dritten Reich, selbst erfahren musste, wie sehr das eigene Leben durch das Handeln von Familienangehörigen beeinflusst werden kann. Ob man will oder nicht. Wir hatten in Stammheim ganz andere Themen: Vor der Bestattung hatte ein internationales Ärzteteam eine Untersuchung der Leichen durchgeführt. Letztere wurden am Nachmittag des 18. Oktober abtransportiert. Die Zellen wurden ausgeräumt, der Besitz der Verstorbenen im zweiten Untergeschoss der JVA eingelagert. Soweit ich weiß, haben nur die Angehörigen von Gudrun Ensslin ihre Sachen abgeholt.

In der Bundesrepublik wurde nach den Suiziden heftig diskutiert, wie es möglich gewesen sei, dass die RAF-Gefangenen sich in dem Gefängnis, das als das sicherste im Land galt, hatten umbringen können. Die öffentliche Kritik richtete sich vor allem gegen die Stuttgarter Landesregierung. Die SPD-Landtagsfraktion gab sich mit dem Rücktritt des Justizministers Traugott Bender (CDU) nicht zufrieden, sie forderte auch, dass Ministerpräsident Filbinger sein Amt aufgebe. Dieser wehrte sich öffentlich. Er werde nicht zulassen, dass die demokratisch gewählten Organe Baden-Württembergs in «die Gosse gezogen» würden, die Bundesregierung trage Mitschuld an den Ereignissen in Stammheim. «Der, dessen Firma oben steht, hat die Verantwortung», so Filbinger. Im Gegenzug erhob die Bundesregierung wenige Monate nach jener folgenschweren Nacht zum 18. Oktober im Dezember 1977 erhebliche Vorwürfe gegen die Stuttgarter Landesregierung – damals vor der Öffentlichkeit verborgen. An das Bundeskanzleramt schickte Hans-Jochen Vogel eine Beurteilung, in der es hieß: «Die für einen sicheren Vollzug der Haft an terroristischen Gewalttätern zu treffenden Maßnahmen» hätten «in wesentlichen Teilen nicht funktioniert».

Hans-Jochen Vogel

Als uns am 18. Oktober die Nachricht von den Suiziden erreichte, ahnte ich, dass die Anschuldigung aufkommen würde, die Inhaftierten seien ermordet worden. In Zusammenhang mit der RAF musste man mit jedem Vorwurf rechnen. Genau so kam es ja auch. Deswegen schlug ich in der «Kleinen Lage» vor, auch von international anerkannten Organisationen benannte Obduzenten an der Untersuchung der Leichen teilnehmen zu lassen und der Menschenrechtskommission in Straßburg, bei der eine Beschwerde Baaders anhängig war, Gelegenheit zur Beweissicherung an Ort und Stelle zu geben. Das Ergebnis lautete: Die Inhaftierten hatten sich das Leben genommen. Die Waffen waren in ihre Zellen geschmuggelt worden.

Peter Jesse

Ich war fassungslos, dass es zu den Suiziden hatte kommen können, aber noch viel mehr, dass die Waffen, mit denen sie begangen worden waren, ebenso unbemerkt in die JVA gelangt waren wie Sprengstoff, den die Gefangenen in ihren Zellen, in Hohlräumen im Boden und in den Wänden verborgen hatten. Schusswaffen, Rasierklingen und zweihundertsechszwanzig Gramm Sprengstoff fanden Beamte nach den Suiziden in den Hafträumen.

Ich erinnere mich noch genau, wie dann einen Tag nach der Trauerfeier für Hanns Martin Schleyer die Beisetzung der drei Gefangenen stattfand. Unter der Rubrik «Bestattungen» war in der «Stuttgarter Zeitung» am 27. Oktober 1977 ein lapidarer Terminhinweis erschienen: «Gudrun Ensslin (37 J.), Andreas Baader (34 J.), Jan-Carl Raspe (33 J.), alle aus Stuttgart-Stammheim, Asperger Straße 30, Dornhaldenfriedhof, 10 Uhr.» Das war die Adresse der JVA.

Bei der Beerdigung hielten mit der RAF sympathisierende Trauergäste Plakate hoch, auf denen stand: «Gudrun, Andreas + Jan – gefoltert +

ermordet in Stammheim.» Es kam zu Tötlichkeiten zwischen einigen von ihnen und Polizeibeamten, die in Hundertschaften auf und vor dem Friedhofsgelände versammelt waren.

Burkhard Hirsch

Als Hans-Jochen Vogel am Morgen des 18. Oktober, sobald wir in der «Kleinen Lage» von den Suiziden erfahren hatten, den Vorschlag machte, Ärzte aus dem Ausland, nach Möglichkeit benannt vom Internationalen Roten Kreuz, mit der Untersuchung der Toten zu beauftragen, war ich zunächst wie vom Donner gerührt. Die Maßnahme schien drastisch, nach kurzer Diskussion stimmten jedoch alle zu, dass es so gemacht werden sollte. Die Entscheidung war gut, denn die Gerüchte, es handele sich um Mord – im Auftrag des Staates –, gingen sofort herum. Sie waren falsch, aber haben sich ja zum Teil bis heute hartnäckig gehalten.



Am 27. Oktober werden Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan-Carl Raspe auf dem Stuttgarter Dornhaldenfriedhof beigesetzt



Familienangehörige von Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Ulrike Meinhof bei der Beisetzung

Der Vorwurf von den Sympathisanten der Terroristen, Baader, Ensslin und Raspe seien hingerichtet worden, wurde noch dadurch angefangen, dass die Landesregierung Baden-Württembergs auch eine Woche nach den Suiziden noch keine Ermittlungsergebnisse an die Öffentlichkeit gab.

Am 24. Oktober, einen Tag vor dem Staatsakt für Hanns Martin Schleyer, betonte Helmut Schmidt in einem persönlichen Gespräch mit Ministerpräsident Filbinger, dass eine Veröffentlichung der Erkenntnisse darüber, was in Stammheim vorgefallen sei, wegen der «im Ausland zu verzeichnenden Reaktionen» «zwingend erforderlich» sei. «Unverzüglich» sollte diese bekanntgegeben werden, so Schmidt.

Am Tag nach der Trauerfeier wurde ein vorläufiger Bericht über die staatsanwaltlichen Ermittlungen veröffentlicht. Die Ergebnisse wiesen auf dramatische Sicherheitslücken hin. So seien in den Besucherräumen keine Trennscheiben angebracht gewesen, nachdem die Anwälte der RAF-Gefangenen vehement dagegen protestiert hätten. Mit Erfolg. Daher, so der Bericht, hätte «nicht verhindert» werden können, dass – vor der Kontaktsperre, die am 5. September begonnen hatte – zahlreiche

Gegenstände in die Justizvollzugsanstalt hinein- und herausgeschmuggelt worden wären. Die Häftlinge hätten für diese «mit außerordentlich raffiniertem Vorgehen» Verstecke eingerichtet. Das Schmuggelgut wurde wahrscheinlich in dicken Aktenordnern, die geschickt präpariert worden waren, verborgen. Selbst bei einer Durchsuchung der Hafträume am Abend nach Hanns Martin Schleyers Entführung, die von Beamten des baden-württembergischen Landeskriminalamts unter Leitung von Bundesanwalt Werner Widera durchgeführt worden war, wurde nur notiert, dass eine Glühbirne in einem Regal in Jan-Carl Raspes Zelle herumlag. Aus Andreas Baaders Zelle wurde eine Thermoskanne beschlagnahmt, aus der er sich eine Lampe gebaut hatte. Ansonsten wurde im Protokoll nichts festgehalten, was auf «sonstige strafbare Handlungen hingedeutet hätte».

Innenminister Werner Maihofer reagierte auf den vorläufigen Bericht mit Vorwürfen und wandte sich in einem Schreiben an das Bundeskanzleramt, in dem er Unverständnis darüber äußerte, dass solche Schmuggeleien «nicht zu verhindern» gewesen wären. Wie es hätte sein können, dass die Trennscheiben «allein aufgrund von Bedenken aus der Anwaltschaft» wieder entfernt worden waren. Und: Dass Verteidigergespräche in Räumen ohne Trennscheiben gestattet worden waren, beruhe in seinen Augen auf einer «zumindest angreifbaren Auslegung des Rechts».

Das Justizministerium erhob ebenfalls Vorwürfe: Der Trakt im siebten Stock sei speziell für die Terroristen und «hinsichtlich ihrer persönlichen Gefährlichkeit» ausgebaut worden. Dennoch seien «bei der Planung und Ausführung der Baumaßnahmen speziell auf terroristische Gewalttäter zugeschnittene Sicherheitsmaßnahmen nicht ergriffen worden». Der Zustand der Zellen habe es den Gefangenen erleichtert, Gegenstände zu verstecken – etwa in den Hohlräumen unter den Waschbecken oder hinter den Fußleisten. Die Kritik richtete sich auch auf die mangelnde nächtliche Beobachtung der Häftlinge.

Der baden-württembergische Landtag setzte einen Untersuchungsausschuss ein, um die Umstände der Suizide aufzuklären. Neunzehntage tagte der Ausschuss, neunundsiebzig Zeugen und Sachverständige wur-

den befragt. Man hielt fest, dass die Durchsuchungen der Hafträume auch deshalb so schwierig gewesen seien, weil die Häftlinge bis zu fünfhundert Bücher darin gehortet hätten. Wegen Umbauarbeiten im siebten Stock, im Trakt der Terroristen, hätten wochenlang Werkzeuge und Baumaterialien auf dem Korridor gelegen. Metalldetektoren seien unregelmäßig zum Einsatz gebracht und Sprengstoffsuchgeräte nicht einmal angeschafft worden.



Blick in die Zelle von Jan-Carl Raspe, in der dieser mehrere Verstecke eingerichtet hatte

Die Landesregierung hatte in ihrem vorläufigen Bericht geschrieben, dass die Suizide «schwerlich konkret vorausgesehen und auch nicht [hätten] verhindert» werden können. Das Bundesjustizministerium schrieb dazu in seinem Bericht: Die Möglichkeit, dass die Gefangenen sich das Leben nehmen, gerade nach den Erfahrungen mit den Hungerstreiks, durch die 1974 das RAF-Mitglied Holger Meins gestorben war, hätte während der Entführung Hanns Martin Schleyers die «Ausgangshypothese» sein müssen. Zum einen zum Schutz der Häftlinge, zum anderen aber auch zum Schutz des Opfers, als «Sicherungsmaßnahme zur Lebenserhaltung von Schleyer».

Stefan Aust

Die Geschichte der eingeschmuggelten Waffen bleibt bis heute ein Stück weit rätselhaft. Aus Kreisen früherer RAF-Leute stammt die Version mit den ausgehöhlten Aktenordnern, die durchaus plausibel erscheint. Ich halte es für denkbar, dass die Waffen so in die Justizvollzugsanstalt gebracht wurden. Allerdings gibt es noch eine weitere Möglichkeit, die weit weniger Beachtung gefunden hat. Im ersten Halbjahr 1977 wurden im siebten Stock Umbauarbeiten durchgeführt. Völlig unkontrolliert lagen Baumaterialien auf dem Korridor des kurzen Trakts herum. Teils auch Werkzeuge.

Als Helfer für den Umbau wurden auch ganz normale Häftlinge eingesetzt, das heißt, verschiedene Personen hatten mit einem Mal Zugang zum «Terroristen-Trakt» – auch Bauarbeiter, die von außen kamen. Die RAF-Gefangenen hatten trotz der Arbeiten weiterhin ihren «Umschluss» und hielten sich auf dem Korridor auf. Von der Baustelle stammt meines Erachtens zum Beispiel der Sand, der nach Baaders Tod unter seinen Schuhsohlen gefunden wurde. Es wäre in dieser Zeit des Umbaus ein Kinderspiel gewesen, sogar Maschinenpistolen in den siebten Stock zu schmuggeln.

Als später der Untersuchungsausschuss eingesetzt wurde, um die Frage zu klären, wie die Waffen nach Stammheim gebracht worden waren, gibt es eine Szene mit dem damaligen Generalbundesanwalt Rebmann. Er wird befragt, wie es sein konnte, dass die Gefangenen sich überhaupt auf dem Korridor aufhalten durften? Und, noch erstaunlicher: Auch während der Zeit des Umbaus? Und Rebmann? Gab sich selbst fassungslos.

Peter Jesse

Nach der Nachricht von Hanns Martin Schleyers Tod hieß es in einigen Medienkommentaren: Das war es jetzt, das ist das Ende der RAF –

ihre Anführer sind tot, eine breite Unterstützung aus der Bevölkerung habe sie sowieso nie gehabt und die wenigen Anhänger, die jetzt noch übrig seien, hätten keine Vorbilder mehr. Kurz: Die Terroristen hätten verloren.

Es mag seltsam sein, aber davon ging ich nie aus, auch keiner meiner Kollegen in Stammheim oder Hohenasperg. Die inhaftierten RAF-Mitglieder hatten um jeden Preis, auch den des eigenen Lebens, für ihre Ziele gekämpft. Sie hatten immer noch genug Unterstützer und Anhänger, die Schleyer-Entführung war doch der beste Beweis dafür: dass es Kader der RAF gab, die ohne Ensslin und Baader agieren konnten. Der ehemalige Rechtsanwalt Siegfried Haag hatte maßgeblich dazu beigetragen. Gemeinsam mit Brigitte Mohnhaupt wurde er zum Befehlshaber des Terrors. Er hatte für die RAF weitere Mitglieder rekrutiert, Brigitte Mohnhaupt hatte zugleich wesentliche Instruktionen aus dem «Innern» erhalten. Nachdem sie 1972 in Berlin festgenommen worden war, hatte sie die letzten Monate ihrer Haftstrafe 1977 im siebten Stock der JVA Stuttgart verbracht. Mehrere Stunden am Tag war sie während des «Umschlusses», der gemeinsamen Zeit der Häftlinge, mit Andreas Baader und Gudrun Ensslin zusammen gewesen. Ausreichend Zeit, um einen Befreiungsplan zu entwickeln, eine Entführung zu planen, Jürgen Ponto und Hanns Martin Schleyer als mögliche Opfer zu bestimmen. Nach den Toden von Ensslin, Baader und Raspe hatte die RAF doch erst recht einen Grund, den Staat weiter zu bekämpfen: Rache. Ich dachte oft an Hanns Martin Schleyer, man konnte gar nicht anders. Sein Leid, unbeschreiblich. Ob seine Entführer ihn über den Tod von Ensslin, Baader und Raspe informiert hatten? Konnte er anhand ihres Verhaltens erahnen, was sie mit ihm vorhatten, als sie ihn wieder in den Kofferraum ihres Wagens zwangen? Wie gut konnte er seine Entführer einschätzen, nachdem er so lange in ihrer Gewalt gewesen war?

Jan Philipp Reemtsma

Diese lange Zeit des Wartens, des Kalkulierens und des Wissens, dass es jederzeit vorbei sein könnte, ist fürchterlich. Man kann sich mit dem

eigenen Tod abfinden, ja. Nicht gut, aber es geht. Doch diese lange Zeit der Ungewissheit, als Geisel, die ist auf ihre Weise mörderisch.

Man interpretiert den Klang der Schritte, die sich nähern, oder die Tonlage, in der die Entführer mit einem sprechen. Aus allem versucht man in der Isoliertheit, die Gefangenschaft bedeutet, herauszulesen, was mit einem selbst geschehen soll. Ein Beispiel, meine letzten Tage im Keller: Mir war mitgeteilt worden, dass das Lösegeld bezahlt worden war. «Morgen Nacht werden Sie frei sein», hatte auf dem Stück Papier gestanden, das mir einer der Entführer auf den Tisch im Keller gelegt hatte. Es hätte ein Grund zum Jubeln sein sollen. Aber ich erinnere mich, wie wenig mir danach zumute war. Immer noch bestand die Möglichkeit, dass sie mich umbringen würden. Zwei Tage musste ich nach der Nachricht noch warten. Am Ende wuchs die Angst erneut. Ich hörte im Keller, wie oben im Haus aufgeräumt wurde. Geräusche, als würden Regale abgebaut, Bretter weggeschafft. Dann ein Klirren wie von Flaschen, die in einen Container geworfen wurden. Dann viele, viele Stunden Stille. Ich fragte mich in dieser Situation: Sollte ich klopfen? Abwarten? Zwischendurch stieg Panik auf: Was, wenn sie mich angekettet hier zurücklassen?

Als der Entführer kam, um meine Kette abzunehmen, spürte ich Erleichterung, aber weiterhin begleitet von einem Rest Sorge und Zweifel. Es wäre immer noch möglich gewesen, dass sie mich im Wald erschießen. Erst als ich dort nachts freigelassen worden war und ein Stück des Waldwegs allein zurückgelegt hatte, ließ diese Furcht nach. Nachdem ich eine Weile gelaufen war, vielleicht eine halbe Stunde, sah ich ein Dorf. Ich klingelte an dem ersten Haus, in dem noch Licht brannte, und der Mann, der darin wohnte, ließ mich ohne Zögern hereinkommen. Ich hatte nach meinem Klingeln extra ein paar Schritte von der Haustür entfernt gewartet, damit er nicht dachte, ich wollte ihn überfallen. Viereinhalb Wochen hatte ich mein eigenes Gesicht nicht mehr gesehen und keine Ahnung, wie ich wohl aussah. Als der Mann mir die Tür öffnete, entschuldigte ich mich für die späte Störung und fragte, ob ich meine Frau in Hamburg anrufen dürfte. Ich fügte hinzu, dass ich erklären könne, warum ich so abgerissen hier stünde: Ich sei entführt und eben freigelassen worden. Der Mann zog das nicht in Zweifel, er sagte

nur: «Was?! Soll ich mein Gewehr holen?» «Nein», entgegnete ich, «Sie brauchen sich keine Sorgen zu machen. Es ist jetzt vorbei.»

Ich habe mich mit Blick auf Hanns Martin Schleyers Entführungsfall immer wieder gefragt, ob der Krisenstab anders hätte handeln können, um dieses lange Leiden abzukürzen, um ihn daraus zu befreien. Doch möglich wäre es nur gewesen, indem das Versteck aufgespürt worden wäre, in dem die Terroristen Schleyer gefangen hielten. Den Austausch gegen die RAF-Gefangenen schloss der Krisenstab ja konsequent aus.

Klaus Eschen, geboren 1939, war einer der Strafverteidiger von Andreas Baader und hatte bis 1975 seinen Kollegen Hans-Christian Ströbele unterstützt. Ströbele und er hatten am 1. Mai 1969 in West-Berlin gemeinsam mit den Anwälten Horst Mahler und Ulrich Klaus Preuß das «Sozialistische Anwaltskollektiv» gegründet, zu dessen Mandanten auch viele Linke gehörten, die im Zuge von Demonstrationen der Strafverfolgung ausgesetzt waren.

Horst Mahler war 1970 in den Untergrund gegangen und hatte die Entstehung der RAF maßgeblich vorangetrieben. Das Anwaltskollektiv übernahm die Verteidigung vieler RAF-Mitglieder, darunter Jan-Carl Raspe, Andreas Baader, Holger Meins und Astrid Proll. Gudrun Ensslins Strafverteidiger war Otto Schily, der später, von 1998 bis 2005 unter Bundeskanzler Gerhard Schröder, Bundesinnenminister war. Mit Schröder und Schily gehörte Klaus Eschen dem «Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein» an, zu dessen Gründungsmitgliedern er 1979 zählte. Das Sozialistische Anwaltskollektiv hatte sich im selben Jahr aufgelöst. Vier Jahre zuvor war Hans-Christian Ströbele, kurz bevor der Prozess gegen Andreas Baader begann, als dessen Verteidiger von der Verhandlung ausgeschlossen worden – eine Maßnahme, die durch die kurz zuvor geänderte Strafprozessordnung ermöglicht worden war. Ströbele wurde die Unterstützung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen.

Mir schien vom ersten Moment an zweifelhaft, dass die Regierung sich auf einen Austausch einlassen würde. Dass die Familie von Hanns Martin Schleyer an diese Möglichkeit glaubte und daran festhielt, kann ich nachempfinden. Wenn jemand, der einem nahesteht, in Lebensgefahr schwebt, gibt man die Vorstellung nicht auf, dass er irgendwie durchkommt.

Im Sozialistischen Anwaltskollektiv haben wir über die Entführung und die Maßnahmen des Staates natürlich viel und heftig diskutiert, im Kern der Gespräche stand auch die RAF: die Gefangenen und die Genossen im Untergrund. Doch meine Schweigepflicht verbietet es mir, darüber zu sprechen.

Mein Verhältnis zu den Gefangenen war 1977 zwar durchaus schon ambivalent, aber das änderte nichts an meiner Loyalität als Strafverteidiger – an ihr halte ich bis heute fest. Zur Erklärung: Im Oktober 1977 bestand mein Mandat für Andreas Baader für mich nur noch formell, das heißt, ich war als sein Verteidiger eingetragen, aber ich beteiligte mich nicht mehr aktiv. Über ihn und die Kommunikation, auch mit Ströbele, im Zuge der Prozessvorbereitung und des Verlaufs der Verhandlung zu schweigen, ist eine Selbstverständlichkeit, nach der ich auch jedem anderen Mandanten gegenüber handeln würde.

Der große Unterschied zu anderen Mandanten bestand darin, dass es bei den RAF-Prozessen nicht allein um die Frage ging, worin die Straftat bestand und ob die Angeklagten Schuld daran trugen. Es ging uns Verteidigern auch darum, den politischen Kontext, aus dem sie kamen, vor Gericht deutlich zu machen. Jan-Carl Raspe, Gudrun Ensslin und Andreas Baader – um sie hier als Beispiele zu nennen – waren in der Studentenbewegung verwurzelt gewesen, sie war Teil ihrer politischen Sozialisation. Politische Ereignisse wie die Anti-Schah-Demonstration, der Tod Benno Ohnesorgs, die Polizeieinsätze während der Anti-Springer-Kampagne gehörten zur politischen Identität der RAF. Während der Verhandlungen war es aber so, dass die Justiz diesen politischen

Hintergrund nicht diskutieren wollte und jeden Verweis darauf heftig abwehrte. Denkt man nun aber zum Beispiel an die Auschwitzprozesse, die 1963 auf Betreiben von Fritz Bauer in Frankfurt am Main begannen, war es eine Selbstverständlichkeit, die ideologischen Überzeugungen der Angeklagten in die Verhandlung mit einfließen zu lassen.



Benno Ohnesorg, niedergeschossen am 2. Juni 1967 auf einer Demonstration gegen den Staatsbesuch des persischen Schahs Mohammad Resa Pahlewi

Bei den Prozessen gegen die RAF-Gefangenen sollte der politische Hintergrund tabuisiert werden – umso mehr sahen wir als Anwälte unsere Verpflichtung darin, auf diese zu verweisen.

Das brachte uns den Ruf ein, Komplizen der RAF zu sein, Helfershelfer, die ihre Überzeugungen und Taten teilen. Wir mussten uns damals in vielerlei Hinsicht zur Wehr setzen. Im Hase & Koehler Verlag erschien beispielsweise ein Buch, in dem stand, die linken Anwälte würden die Prozesse behindern wollen, indem sie selbst Feuer in ihren Anwaltskanzleien legen, um anschließend sagen zu können, die Akten seien verbrannt. Namentlich wurden wir darin aufgeführt: Otto Schily, Ru-

pert von Plottnitz, Hans-Christian Ströbele und ich, insgesamt ging es um vierzig linke Anwälte. Weiter hieß es, wir würden Orgien mit unseren Mandanten feiern. Dagegen sind wir natürlich vorgegangen und haben auch gewonnen. Zugleich mussten wir uns im Sinne unseres Mandats gegenüber der Justiz zur Wehr setzen. Aber das haben wir gemacht, weil es zu unserer Profession gehörte. Auch die Strafverteidigung musste sich ja entwickeln, und die Überzeugung, dass man dem Staat im Rahmen der Gesetze etwas entgegensetzen muss – und darf, spielte mit hinein.

Was die Wurzeln der RAF in der Außerparlamentarischen Opposition angeht und die politischen Überzeugungen der Gruppe, gibt es tatsächlich Punkte, die ich teile. Die Bundesrepublik unterhielt damals ganz selbstverständlich Beziehungen zu Diktatoren wie Francisco Franco in Spanien oder António de Oliveira de Salazar in Portugal, die Verbindungen reichten bis nach Chile, wo die Colonia Dignidad unter Pinochet als Geheimdienst-Basis genutzt wurde und Menschen, die von dort flüchteten, von der Deutschen Botschaft Hilfe verwehrt wurde. Oder man denke an Elisabeth Käsemann, die in Argentinien wegen ihrer erklärten Kritik und Gegnerschaft der dortigen Militärdiktatur vom Geheimdienst verschleppt, zwei Monate lang gefoltert und schließlich ermordet wurde – und die deutschen Behörden ließen es geschehen, sie hätten sich viel stärker einsetzen müssen.

Zur Rolle des Strafverteidigers gehört es, mit dem Mandanten zusammenzuarbeiten und ihm zugewandt zu sein. Hier kam noch hinzu, dass wir viele der RAF-Gefangenen bereits kannten, als sie noch keinen Bezug zum Terrorismus hatten. Ich habe Anfang der siebziger Jahre nicht gezögert, das Mandat für Andreas Baader zu übernehmen. Ich besuchte ihn zu Beginn im Gefängnis und sah ihn 1971 zum letzten Mal. Hans-Christian Ströbele übernahm anschließend die Besuche bei ihm, um auch unseren anderen Mandaten gerecht zu werden, teilten wir uns diese Aufgabe auf, denn die Verteidigung der RAF-Gefangenen war aufwendig und kostete viel Zeit. Ich besuchte Astrid Proll weiterhin regelmäßig, wir hatten ein gutes Verhältnis. Sie vertraute mir und war, anders als die anderen, zugänglich im Gespräch und nicht überheblich. Mit Ulrike Meinhof war ich in Kontakt, als sie Anfang der siebziger Jah-

re noch in Köln-Ossendorf in Haft saß. Es war selbstverständlich, jemandem, der auf dem falschen Weg ist, zu helfen. Aber natürlich bedeutete das Mandat und der Verweis auf die politischen Wurzeln der RAF-Leute nicht, dass ich ihre Überzeugungen teilte oder die Gewalt billigte. Ich spreche hier nur für mich, wie es bei anderen Verteidigern war, vermag ich nicht zu sagen.

Mein politisches Engagement spielte sich stets im Rahmen unserer verfassungsmäßigen Ordnung ab. Denn was mich von der terroristischen Linken immer, vom Moment ihrer Entstehung an trennte, war die Überzeugung, dass man die Verfassung der Bundesrepublik verteidigen und weiterentwickeln muss – viele Grundrechte lagen ja in den sechziger und siebziger Jahren noch brach. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Oder das Versammlungsrecht. Erst in den achtziger Jahren untermauerte das Bundesverfassungsgericht, dass das Recht auf Demonstrationen ein Grundrecht ist. Bis dahin waren viele staatliche Institutionen und Innenminister der Ansicht, dass Meinungskundgebungen eine Störung der öffentlichen Ordnung bedeuten.

Meine Haltung, damals wie heute, liegt in meiner Biographie begründet. Mein Vater ist jüdisch, während des Dritten Reichs wurde er verfolgt und entging der Deportation durch Glück und vor allem das Engagement meiner Mutter. Mein älterer Bruder starb 1944 infolge einer Blinddarmentzündung, weil die Nazis ihm die notwendige medizinische Versorgung verwehrten. Mehr oder weniger bewusst oder unbewusst erwuchs aus den Erfahrungen und Verlusten während des Dritten Reichs meine Meinung, dass Juden nur sicher sind, wenn ein König oder die Verfassung sie schützt. Die Gesellschaft hat das nie getan. Es waren immer Obrigkeiten – königliche oder staatliche Prinzipien – unter denen sie sicher waren.

1977 hatte ich mich innerlich von dem Mandat für Andreas Baader verabschiedet, war allerdings aus den beschriebenen Gründen der Loyalität noch formal als Verteidiger genannt. Die RAF hatte in meinen Augen jeden politischen Anspruch verloren. Ihre Haltung störte mich daneben auch auf unmittelbarer, uns Verteidiger betreffender Ebene: Der Ton der Gefangenen war verachtungsvoll, ohne jede Wertschätzung. Es gab nie ein «Danke», nur Befehle. Ich habe nie verstanden, wie Ströbele

dieses Fehlen zivilisierter Umgangsformen so lange hinnehmen konnte. Wir waren in den Augen der RAF-Gefangenen Lakaien. Aber wer über Lakaien verfügt, der muss in sich ja eine bestimmte Herren-Mentalität tragen, und die lehnte ich ab. Auch innerhalb der RAF war der Ton verrohrt, man gestand dem anderen keine Würde mehr zu – das war die Haltung gegenüber den Opfern, sie bestimmte aber auch das Verhalten der Gruppenmitglieder untereinander.

Am 18. Oktober 1977 hatte sich Bundespräsident Scheel im Fernsehen geäußert: «Wir durchleben Stunden und Tage blutiger und tragischer Ereignisse. Heute Morgen [...] habe ich erfahren, dass vier Häftlinge in Stammheim Selbstmord begangen oder zu begehen versucht haben. Es fehlen mir die Worte angesichts dieses Teufelskreises von Gewalt und Tod. [...] Seit mehr als sechs Wochen ist er [Hanns Martin Schleyer] nun in der Hand seiner Entführer an einem ungewissen Ort. Wir bangen mit seiner Familie um sein Schicksal. [...] Ich wende mich jetzt direkt an die Entführer von Hanns Martin Schleyer, von denen ich annehme, dass sie mir in diesem Augenblick zuhören. Ich appelliere an Sie, Ihre Geisel freizugeben. Mit der sinnlosen Eskalation von Gewalt und Tod muss Schluss sein. Die ganze Welt, Ost und West, steht gegen Sie. Kehren Sie zurück zu menschlichem Handeln. Dieser Augenblick gibt Ihnen noch eine letzte Chance dazu.»

Ab 1972 war Gerhart Baum (FDP) Parlamentarischer Staatssekretär im erst von Hans-Dietrich Genscher und dann seit 1974 von Werner Maihofer geführten Bundesministerium des Innern. In den Wochen des Deutschen Herbsts war er ein wichtiger Berater Maihofers.

Gerhart Baum

War der Staat nicht, gerade weil Schleyer immer noch nicht gefunden worden war, in der moralischen Pflicht, auszutauschen? Oder, eine andere Frage: Hätte die «Kleine Lage» nicht zum Schein auf die Forderungen der Terroristen eingehen können? Nach den vielen Wochen der

erfolglosen polizeilichen Fahndung sind dies die grundsätzlichen, entscheidenden Fragen, die man sich in der «Kleinen Lage» hätte stellen müssen.

Horst Herold hatte sich während der Wochen der Entführung immer wieder Tricks einfallen lassen, um den Terroristen plausibel zu machen, warum der geforderte Austausch noch nicht stattfinden können. Dazu gehörte auch, dass der BKA-Beamte Alfred Klaus, der sich intensiv mit der Entstehungsgeschichte der RAF und den Familien der Terroristen auseinandergesetzt hatte, Einzelgespräche mit den Inhaftierten führte – darüber, in welche Länder sie ausgeflogen werden wollten. Absichtlich sprach er mit jedem RAF-Gefangenen einzeln, berichtete den anderen davon, trug das Ergebnis zusammen und sprach wieder mit jedem Einzelnen, denn das kostete Zeit. Zeit, die genutzt wurde, um nach Schleyer zu fahnden.

Die Frage, ob es eine moralische Verpflichtung gegeben hätte, Schleyer durch den Austausch zu retten, gerade wegen der langen ergebnislosen Fahndung, ist überhaupt nie diskutiert worden. Der Staat hat diesen Punkt immer ausgeblendet. 2013 äußerte Helmut Schmidt öffentlich, dass von dem Augenblick an, als die «Landshut» entführt worden war, die einundneunzig Personen an Bord wichtiger gewesen seien als die eine Person, also Schleyer. Das darf nicht sein. Menschenleben darf niemals gegen Menschenleben verrechnet werden.

Heribert Prantl, geboren 1953, leitet das Ressort Innenpolitik der «Süddeutschen Zeitung» und gehört seit 2011 der Chefredaktion an. Bevor er sich dem Journalismus zuwandte, war er als Staatsanwalt und Richter tätig.

1977 war Prantl vierundzwanzig Jahre alt und studierte in Regensburg Rechtswissenschaften, Philosophie und Geschichte.

Heribert Prantl

Wer im Herbst 1977 lange Haare hatte und damit so aussah, wie sich ein Polizist einen Terroristen vorstellte, geriet regelmäßig in Polizeikon-

trollen, die selten zimperlich verliefen. Ich erinnere mich genau, wie ich einmal rüde aus dem Auto gezogen wurde und sofort eine Maschinenpistole im Rücken spürte. Die Kontrolle, eine Ringfahndung, in der Nähe meines Heimatortes in der Oberpfalz, diente der Suche nach Hanns Martin Schleyer. Ähnlich wie mir erging es etlichen meiner Kommilitonen. Mit rabiatischen Methoden wurden Polizeikontrollen durchgeführt, man galt per se als verdächtig.

Die RAF hatte dem Staat den Krieg erklärt und die Angehörigen des Krisenstabs handelten, als befänden sie sich im Krieg. Die Maßnahmen gegenüber den Häftlingen, die Kontaktsperre, die Fahndung, all das sollte natürlich der Rettung Hanns Martin Schleymers dienen, aber es war zugleich die geradezu idealtypische Inszenierung des starken Staates. Mit unbeugsamer Konsequenz hielt die «Kleine Lage» an der Linie fest, die unmittelbar nach der Entführung Schleymers beschlossen worden war. Der Staatsräson wurde Vorrang gegeben, vor dem Leben des Einzelnen – der starke Staat durfte sich nicht angreifbar machen, war die Begründung.

Während die RAF schon 1970 mit der Befreiung Andreas Baaders und den Schüssen auf einen Mann, der dabei im Weg stand, jeden Anspruch darauf verloren hatte, als politische Akteure zu gelten, reagierten die verantwortlichen Politiker auf die Verbrechen bereitwillig mit einer gigantischen Aufrüstung der Polizei, des BKA, der Geheim- und Sicherheitsdienste. Über die Fehler, die auf Seiten der Polizei und der Politik in den Jahren 1967 und 1968 begangen worden waren, schwieg man – obwohl sie zur Radikalisierung derer, die sich dann in der RAF formierten, beigetragen hatten. Den gewaltsamen Tod des schutzlosen Studenten Benno Ohnesorg, der am 2. Juni 1967 in Berlin friedlich gegen den Besuch des Schahs von Persien demonstriert hatte, hatten Politik und Justiz unter den Teppich kehren und ihm so wenig Beachtung wie möglich zukommen lassen wollen. Fatal, wie ihnen dadurch das Vertrauen abhanden kam.

Ich war im Deutschen Herbst von 1977 ja noch jung, mitten im Studium und konnte nicht alles, was geschah, juristisch akkurat bewerten. Aber was ich sehr genau spürte, war ein Unbehagen, wenn ich den Fernseher einschaltete und Helmut Schmidts Erklärungen hörte, der Staat dürfe

sich nicht erpressbar machen. Dasselbe Gefühl stellte sich angesichts der enormen Polizeipräsenz ein und wegen des Auftretens der Beamten. Viele Jahre später, als Journalist, lernte ich Horst Herold kennen, den ich als sehr selbstkritischen Menschen erlebte. Er ist ganz ausdrücklich der Meinung, dass der Staat damals überreagiert hat, wodurch er der RAF Sympathisanten zutrieb und ihr ein Übermaß an Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit bescherte. Bundesweit gründeten sich sogenannte Folterkomitees, um die inhaftierten RAF-Mitglieder zu unterstützen. Etliche, die sich ursprünglich dort engagierten, schlossen sich später der RAF an.

Jan Philipp Reemtsma

Ich erinnere mich, wie ich im Mai 1973 eher zufällig erfuhr, dass die Hamburger Polizei die Räumung eines besetzten Hauses in der Ekhostraße plante, in dem etwa zweihundert zumeist junge Menschen ein Studenten-, Lehrlings- und Gastarbeiterwohnhaus einrichten wollten. Damals wurde der Stadtteil Hohenfelde umstrukturiert und einige Häuser waren – ähnlich wie im Frankfurter Westend, wo Joschka Fischer und Daniel Cohn-Bendit mitmischten – besetzt worden, um sie vor dem Abriss zu bewahren. Ich hatte an diesem Abend im Mai einen Freund besucht, der beim NDR als Reporter arbeitete. Während wir zusammen saßen, bekam er einen Anruf, dass die Polizei plane, in die Ekhostraße auszurücken. «Wir müssen die Leute in dem Haus warnen, damit sie rechtzeitig abhauen», sagte ich. «Wenn es zu einer Straßenschlacht kommt, sind danach wieder ein paar Militante mehr unterwegs.» Mir fiel eine Schulfreundin ein, die lose Kontakte zu der Hausbesetzerzene hatte. Sie war zu Hause, ging ans Telefon, holte mich kurz darauf ab und gemeinsam fuhren wir zur Ekhostraße. Doch zu unserer Verwunderung zeigten sich die Hausbesetzer weder überrascht noch besorgt, am ehesten noch dankbar für die Information, denn so konnten sie sich auf die Auseinandersetzung mit den «Bullen» vorbereiten. Ihr Verhalten irritierte mich, keiner wollte der gewaltsamen Auseinandersetzung aus dem Weg gehen. Dass bei Räumungen Wasserwerfer,

Tränengas und Schlagstöcke zum Einsatz kommen würden, war ja zu erwarten. Das war seit 1967 der Umgang mit Demonstranten. Die Besetzer hielten es wohl für naiv, dass jemand so dachte wie ich. Diese Bereitschaft, sich zu bekämpfen, Fronten aufrechtzuerhalten, auf allen Seiten, war signifikant für diese Zeit und die folgenden Jahre. Christa Eckes gehörte zu den Hausbesetzern in der Ekhofstraße und dann wenig später zur RAF. Dem Haus hatten die «Partisanen» den Namen «Petra-Schelm-Haus» gegeben. Schelm war ebenfalls RAF-Mitglied gewesen und 1971 in Hamburg von einem Polizisten erschossen worden. Dieser behauptete im Nachhinein, sie hätte zuerst auf ihn geschossen. Ein Schüler, der die Szene zufällig mit ansah, sagte aus, der Beamte habe ohne Vorwarnung als Erster abgedrückt. Der Vorwurf blieb in der Luft hängen. Zur Deeskalation trug niemand nennenswert bei.

1977 kam die Quittung dafür: Es gab die RAF, den Krisenstab und dazwischen eine große Sprachlosigkeit. Hinzu kam die alles bestimmende Angst unter den Leuten der unterschiedlichsten Lager. Die Linke war paranoid, weil jeder Zweite plötzlich dachte, die Polizei könne seine Bleibe durchsuchen und auf belastendes Material stoßen oder einem dies unterschieben. Andere, nicht nur Konservative, meinten, was sie seit dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut hätten, sei nun wirklich in Gefahr. Man fürchtete um Sicherheit, aber auch um Wohlstand. Über das Opfer, das es zu retten galt, redete man gar nicht so viel.

Friedrich Christian Delius

Ich war auf der Buchmesse, als ich von den Toten in Stammheim erfuhr. Kurz zuvor die erlösende Nachricht über die «Landshut» aus Mogadischu, dann das! Mir ist so, als hätte ich es erst am Stand des Rotbuch Verlags erfahren, bei dem ich damals als Lektor arbeitete, der letzte Messetag, an dem wir den Stand abzubauen hatten. Vielleicht hat es mir auch jemand auf dem Weg dorthin gesagt, ich weiß nur noch, dass keiner mehr an diesem Tag über Bücher sprach. Es herrschte absolute Fassungslosigkeit, die Meinungen, die Gefühle, die Fragen kochten durcheinander: «Wie ist das möglich? Haben die Gefangenen resigniert,

endlich? Oder wollten sie als Märtyrer abtreten? Die nächste Generation zur Rache anstiften? Oder wurden sie umgebracht? Passt denn da in Stammheim keiner auf? Wie sind die Waffen ins Gefängnis gekommen bei der totalen Überwachung? Sind die Gefangenen überhaupt fähig zum Selbstmord? Ist der Staat fähig zum Mord?» Und gleichzeitig die Erleichterung über die Befreiung der Geiseln in Mogadischu, das große Aufatmen da, und das große Fragen hier. Das unfassliche Wunder von Somalia und die unendliche Verwunderung über Stammheim, bei der sich keine Erleichterung einstellen wollte, auch weil jetzt Schleyers Tod befürchtet werden musste. Die Stimmung, die während der gesamten Dauer der Entführung im Land geherrscht hatte, spitzte sich an diesem Tag noch einmal zu: Man war aufgewühlt und hilflos, und das Drama war immer noch nicht vorbei.

Wie immer in solchen Situationen sind die meisten Leute dann schnell mit Meinungen bei der Hand. Ich traute weder den RAF-Sympathisanten, die nun sofort von Mord sprachen, noch den Behörden, die von Selbstmord ausgingen. Auch in den folgenden Wochen und Monaten musste man nach links wie rechts rufen: Fakten bitte, keine Meinungen! Und wie sich nach jahrzehntelangen Recherchen vor allem von Stefan Aust gezeigt hat, war es ja wirklich keine eindeutige Sache, sondern: Es waren Selbstmorde, allerdings verfassungsschutzpolizeilich beobachtet, geduldet, vielleicht sogar gefördert.

An diesem 18. Oktober aber, das fällt mir jetzt ein, hatte ich alter (oder damals eher junger) Idealist ein paar Stunden lang eine stille Hoffnung. Ich dachte, wenn die Entführer von Schleyer wirklich Mumm haben oder Charakter, dann lassen sie ihn endlich frei und erkennen ihre Niederlage an – und sei es nur aus taktischen Gründen. Nun ja, das Ende ist bekannt.

Wolfgang Kraushaar

Die Nacht vom 17. auf den 18. Oktober 1977 sticht besonders aus meiner Erinnerung hervor. Ich war an dem Abend im «Club Voltaire» in Frankfurt eingeladen, der 1962 gegründet worden und einer der wich-

tigen Treffpunkte der linken Szene der Stadt war. Ein Kollege von mir namens Peter Mosler stellte an diesem Abend sein Buch vor, unter dem Titel «Was wir wollten, was wir wurden» erzählte es die exotischsten oder abenteuerlichsten Biographien von Aktivisten der Studentenbewegung und was seit 1967 aus ihnen geworden war. Ich hatte eine Chronologie der Ereignisse von 1955 bis 1970 verfasst, kurzum: Der «Club Voltaire» war voll an diesem Abend, die Atmosphäre war speziell. Wegen der Schleyer-Entführung und der Geiselnahme der «Landshut»-Passagiere fühlte man sich die ganze Zeit in einer Art Ausnahmezustand und befürchtete im Grunde genommen den großen Gegenschlag des Polizeistaates, der im Übrigen nie gekommen ist.

Wie es so üblich war, zog sich die Veranstaltung an diesem Abend bis nach Mitternacht. Irgendwann, ich denke, dass es gegen 1 Uhr morgens gewesen ist, rief jemand lauthals durch den Club: «Alle mal Ruhe! Hört euch doch mal die Nachrichten an!» Der Radioapparat wurde laut gestellt und im Raum herrschte absolute Stille. Wohl niemand dürfte geahnt haben, dass die RAF-Gefangenen im siebten Stock in Stammheim sich die Meldung des Deutschlandfunks über die erfolgreiche Geiselbefreiung in Mogadischu ebenfalls anhörten und in Reaktion darauf dabei waren, ihre Selbstmordaktion einzuleiten.

Als ich am nächsten Morgen das Radio einschaltete und erfuhr, dass Baader, Ensslin und Raspe tot in ihren Zellen aufgefunden worden seien, war ich schockiert. Und da ich direkt hinter dem Hörsaalgebäude der Universität Frankfurt wohnte, bekam ich mit, dass bereits am Nachmittag Hunderte im größten Hörsaal zusammenkamen. Die Diskussion interessierte mich, also ging ich hinüber. Aufgeregt wurde debattiert, ob Ensslin, Baader und Raspe einem Staatsverbrechen zum Opfer gefallen wären. Eine Weile hörte ich zu, zog es dann aber vor, nach Hause zu gehen. Die Diskussion hatte eine Wendung genommen, die mich abstieß. Denn die überwiegende Mehrheit stimmte darin überein, dass es sich nur um eine Mordaktion gehandelt haben könnte, mit dem Ziel, der RAF nun endgültig den Garaus zu machen. In meinen Augen ergab das überhaupt keinen Sinn. Warum sollte der Staat die führenden RAF-Mitglieder gerade in dem Moment ermorden, in dem sie ihre bitterste Niederlage einstecken mussten? Mit ihrem Latein, sich freipressen zu

lassen, offenkundig am Ende waren? Und noch dazu: Wenn es tatsächlich Mord gewesen sein sollte, warum hatte man mit Irmgard Möller eine Zeugin lebend davonkommen lassen? Aber mit dieser Meinung gehörte ich offenbar zu einer Minderheit, jedenfalls innerhalb der radikalen Linken. Nach den Selbstmorden war klar, was ich in den zurückliegenden Wochen schon geahnt hatte: Für Schleyer waren die Chancen zu überleben komplett geschwunden.

Hanns-Eberhard Schleyer

Im Laufe des Tages hatten wir von den Selbstmorden und dem versuchten Selbstmord erfahren. Wir haben kaum darüber gesprochen, haben überhaupt wenig gesprochen. Vielleicht weil keiner den anderen mit seiner Verzweiflung noch weiter hinunterziehen wollte.

Heribert Prantl

Ich hatte nie einen Bezug zu den Taten der RAF und zu der Linken, die mit ihr sympathisierte. All das war auch in meinem Studentenleben weit entfernt, aber was ich deutlich empfand, war die morbide Tristesse, die damals die Bundesrepublik beherrschte. Viele Menschen hofften sicher und wünschten Schleyer, er möge überleben. Aber die Frage, ob man ihn wirklich sterben lassen müsse, ihn opfern dürfe, um den Austausch zu vermeiden, die stellte niemand laut. Zumindest nicht laut genug. Auch die Medien hielten sich in diesem wesentlichen Punkt zu sehr zurück.

Patricia Clough begann am 5. September 1977 in Bonn ihre Arbeit als Deutschland-Korrespondentin der britischen «Times». Zuvor hatte sie elf Jahre vorwiegend für die Nachrichtenagentur Reuters aus Rom berichtet. In Bonn blieb sie bis 1982, erlebte den Wahlsieg der CDU und Helmut Kohl als neuen Bundeskanzler und arbeitete anschließend in London als Autorin von Leitartikeln, Europaspezialistin und Stellvertretende Auslandsnachrichtenredakteurin der «Times».

1989 kehrte sie nach Deutschland zurück, schrieb für den «Independent» über den Fall der Mauer und später aus Warschau über den Zusammenbruch des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa und das Ende des Ost-West-Konflikts. Heute lebt sie wieder in Italien und hat zahlreiche Bücher veröffentlicht, darunter eine Biographie über Helmut Kohl.

Patricia Clough

Regierungssprecher Klaus Bölling hielt regelmäßig Pressekonferenzen ab, in denen es ausschließlich um den Fall des entführten Hanns Martin Schleyer ging. Die dort bekannt gegebenen Informationen waren spärlich und berichtet wurde sowieso so gut wie nichts. Die Mehrheit der Journalisten hielt – zu Recht – an dem Maßstab fest, dass die Rettung eines Menschenlebens an erster Stelle käme und dafür die sonst geltenden Regeln der Berichterstattung ausgesetzt werden müssten. Wir hatten uns freiwillig dazu verpflichtet, eine Nachrichtensperre einzuhalten. Es gab Gerüchte, dass Klaus Bölling einige Journalisten zusätzlich mit Informationen versorgte. Hanns Martin Schleyer wurde an meinem ersten Arbeitstag entführt, darüber zu berichten war meine erste «Story». Als Auslandskorrespondentin, die gerade erst nach Bonn gekommen war, hatte ich noch keine Verbindungen zu den Behörden, die mir möglicherweise Hintergrundinformationen verschafft hätten. Ebenso wenig in die linke Szene. Insofern war es auch eine frustrierende Zeit, denn wir Journalisten mussten auf die Informationen warten, die uns durch die «Kleine Lage» oder manchmal auch über Presseagenturen zugetragen wurden.

Mein Büro lag damals im Pressehaus Eins. Links nebenan hatte «Radio Bremen» seine Redaktion, rechts die «Los Angeles Times», ein Stockwerk tiefer die «Financial Times». Bundespressekonferenzen fanden im Haus Zwei statt, dem größeren der beiden Gebäude, in einem weiten, nüchternen Raum, mit braunen Holzpaneelen an den Wänden, ganz im Stil der sechziger Jahre.

Ein Mitglied des Komitees der Bundespressekonferenz übernahm die Rolle des Gastgebers und kündigte den Sprecher der Bundesregierung an. Wir Journalisten saßen mit unseren Notizheften da, hinter und neben uns standen die Kameraleute der Fernsehsender; es waren damals nicht viele. Anschließend gab es immer Diskussionen mit den Kollegen, man tauschte sich offen aus. Die meisten sahen den Weg der «Kleinen Lage» als richtig an. Wirklich kritische Stimmen wurden erst hörbar, nachdem Hanns Martin Schleyer ermordet worden war. Dann wurde plötzlich stärker hinterfragt, wo die Polizei Fehler begangen haben könnte und inwieweit eine kritische Berichterstattung vielleicht doch wichtig gewesen wäre. Hinterfragt wurde auch die Vorgehensweise des Staates gegenüber politisch links stehenden Gruppen, auf die von Seiten der Polizei zum Teil sehr repressiv reagiert worden war – in diesem Herbst 1977, aber auch in den Jahren zuvor. Die Zusammenhänge wurden deutlicher. Man erkannte, dass die brutalen Polizeieinsätze in den sechziger und frühen siebziger Jahren die Gewaltbereitschaft innerhalb der Studentenbewegung nach sich gezogen hatten oder dass die Haftbedingungen der RAF-Gefangenen der Gruppe Unterstützer zutrieb.

Es entsprach, denke ich im Rückblick, einem weitgreifenden Bedürfnis der Gesellschaft in der Bundesrepublik, all das erst einmal nicht sehen zu wollen. Schon gar nicht während der Entführung Hanns Martin Schleyers. In der Nachkriegszeit brauchten die Deutschen, gerade die Älteren, das Gefühl, einen starken Staat zu haben, Wohlstand und innere Sicherheit. Was ich nie vergessen werde, wenn ich an den Deutschen Herbst denke, war diese unglaubliche Anspannung, die alle ergriffen hatte. Diese spürbare Spannung in der Gesellschaft ähnelte der Saite einer Geige. Jede Berührung erzeugte einen intensiven Ton. Mir war der Terrorismus nicht neu. Während der elf Jahre, die ich aus Rom berichtet hatte, schrieb ich viel über die «anni di piombo», die bleiernen Jahre, vor allem über den Terrorismus der «Roten Brigaden», der Brigade Rosse, die sich nach dem Vorbild der Tupamaros in Uruguay als Stadtguerilla verstanden. Hunderte Menschen starben in Italien zwischen 1969 und 1982 durch Terroranschläge, Bomben und Schießereien. Zu den Verbrechen, die Italien damals am stärksten erschütterten, gehört die Entführung des ehemaligen Ministerpräsidenten Aldo Moro im März 1978,

ein halbes Jahr nach der Entführung Hanns Martin Schleyers. Moro hätte im Austausch gegen inhaftierte Mitglieder der Roten Brigaden freigelassen werden sollen. Die fünf Sicherheitsbeamten, die ihn begleitet hatten, wurden erschossen, als die Terroristen den zweiundfünfzigjährigen Moro als Geisel nahmen – nach fünfundfünfzig Tagen in ihrer Gewalt ermordeten sie auch ihn. Seine Leiche wurde im Kofferraum eines Renaults in der Innenstadt von Rom entdeckt. Papst Paul VI. hatte den Roten Brigaden vergeblich angeboten, sie sollten ihn anstelle Moros als Geisel nehmen und diesen freilassen.

Die Frage, inwieweit die Roten Brigaden von Geheimdiensten, auch von ausländischen, unterwandert oder gar gesteuert wurden, ist bis heute nicht vollständig geklärt. Die Menschen in Italien waren fassungslos. Dennoch, so war mein Eindruck, ging die italienische Gesellschaft anders mit der Bedrohung und den Verlusten um. Es herrschten Betroffenheit und Besorgnis – aber nicht darüber, dass das System, der Staat, von den Terroristen zerstört werden könnte. Hinzu kam, dass es nicht dieses innergesellschaftliche Misstrauen gab: In Bonn passierte es einigen meiner jüngeren Kollegen, guten Journalisten, die lange Haare hatten und äußerlich dem Zeitgeist der Siebziger entsprachen – dass sie von Nachbarn angezeigt wurden. Alles, was jung aussah und eher salopp daherkam, wurde als verdächtig wahrgenommen. Diese Kluft war enorm. Ich empfand die Gesellschaft in dieser Hinsicht als sehr gespalten.

Heribert Prantl

Die Auffassung der «Kleinen Lage» und des «Großen Politischen Beraterkreises», Schleyer könne nur gerettet werden, wenn man die Spielregeln der Demokratie aussetze, übernahm die Presse weitgehend, was sicher der permanenten Atemlosigkeit dieser Zeit geschuldet war – die Ermordung des Generalbundesanwalts Siegfried Buback und der Mord an Jürgen Ponto, dem Vorstandssprecher der Dresdner Bank, lagen im Herbst 1977 nur wenige Monate zurück.

Damit war im Grunde aber auch die gesellschaftliche Friedhofsruhe des Deutschen Herbsts geschaffen. Die Kontrolle der Exekutive war mit der

Bildung der beiden «Beratergremien» ausgeschaltet worden, die Medien entschlossen sich mehr oder weniger zeitgleich zur Selbstzensur. Eine Situation, die es davor und danach nie wieder gegeben hat: Entscheidungen fielen in der «Kleinen Lage», und dort waren es erstens Helmut Schmidt, zweitens Horst Herold, ein außergewöhnlicher Kriminalist, und drittens der aufrechte Hans-Jochen Vogel, die das Vorgehen bestimmten.

Die Mitglieder der «Kleinen Lage» folgten Schmidt mit großem Respekt für seine Entschlussbereitschaft und seine klare Linie. Diese wurde – das ist die Kehrseite – aber auch nicht angezweifelt. Die Stunde der Not ist die Stunde der Exekutive. Das ist legitim. Heikel wird es nur dann, wenn die Stunde der Exekutive nicht nur Stunden oder Tage, sondern Wochen dauert – wenn normales parlamentarisches Agieren beiseitegeschoben wird mit der Begründung: Diese Regeln taugen angesichts der Bedrohung nicht. Aber ebenso bereitwillig wie die Mehrheit der Politiker hatte auch die Gesellschaft diese Linie angenommen, inklusive der Nachrichtensperre.



Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher bei einer Sitzung während des Entführungsfalles Schleyer

Hans-Jochen Vogel

Nach der Ermordung Hanns Martin Schleyers kam gelegentlich die Kritik auf, es habe sich bei der sogenannten Nachrichtensperre um eine Zensur der Medien gehandelt oder gar um eine Manipulation. Das war nie der Fall. Es handelte sich um die nachdrückliche Bitte der politisch Verantwortlichen an die Medien, in eigener Verantwortung das Rechtsgut des Lebens gegen andere Interessen abzuwägen. Im Allgemeinen wurde unserer Bitte entsprochen, was es den Terroristen erschwerte, die Entführung noch stärker öffentlich zu inszenieren, und was den Ermittlungsbehörden half, nach Schleyer zu suchen, ohne dass Informationen über ihre Arbeit oder auch nur Hinweise darauf bekannt gemacht wurden. Es war eine außergewöhnliche Maßnahme, um die wir die Medien baten, und es zeugt von der Größe der einzelnen Verantwortlichen, dass ihr so weitgehend entsprochen wurde. Ich kann nicht mit Sicherheit sagen, ob es diese Bereitschaft heute gäbe. Es wurde so gut wie gar nicht über die Entführung berichtet.

Hanns-Eberhard Schleyer

Einige Jahre nach der Ermordung meines Vater erzählte mir Klaus Bölling, der als Regierungssprecher der «Kleinen Lage» angehört hatte, dass er während der Dauer der Entführung enge Kontakte zu den Redaktionen der überregionalen Tageszeitungen und der Fernsehsender gehalten hatte – damals gab es nur die öffentlich-rechtlichen –, um auf die Medien einzuwirken. In Absprache mit der «Kleinen Lage» war gezielt darauf hingewirkt worden, dass bestimmte Dinge nicht berichtet wurden, und zugleich hatte er Journalisten dahingehend beeinflusst, für die Haltung der Bundesregierung um Sympathien zu werben. Natürlich schlug sich das in der öffentlichen Meinung nieder. Ein solches Vorge-

hen wäre heute unmöglich. Allein die Bilder des Tatorts in Köln wären innerhalb von Minuten mit Hilfe der Sozialen Medien publik geworden. Nach dem Deutschen Herbst wurde ich oft auf die Ermordung meines Vaters angesprochen, über Jahre hinweg, auch von Menschen, die ich gar nicht oder nur flüchtig kannte: Wie nahe ihnen sein Schicksal gehe – unmittelbar gefolgt von dem Satz: «Aber der Staat hätte nicht anders handeln können.» Viele mögen aus eigener Überzeugung so gedacht haben, aber dass es damals keine wahrnehmbare Kontroverse über die Handlungsweise der «Kleinen Lage» gab, hat sicher auch dazu beigetragen. Die verantwortlichen Politiker begründeten ihr Handeln mit der Sorge, dass ein Austausch weitere Entführungen nach sich ziehen würde. Das Risiko dafür war gegeben. Eine Diskussion über die Frage, ob es Racheakte geben würde, wenn die Forderungen der RAF nicht erfüllt würden, stand dagegen im Hintergrund. Auch für die Medien.

Gerhart Baum

Ich arbeitete im Herbst 1977 eng mit Bundesinnenminister Werner Maihofer zusammen. Er war in diesen Wochen, in denen er der «Kleinen Lage» angehörte, sehr unglücklich. Er kam mit dem Druck nicht gut zurecht und spürte, dass ihm zunehmend Kompetenzen, die eigentlich in seinem Ministerium lagen, von Helmut Schmidt und Horst Herold aus der Hand genommen wurden. Auf Maihofer hörte kein Mensch. Er galt als Professor der Rechts- und Sozialphilosophie, als Mann der Wissenschaft, nicht als Praktiker.

Helmut Schmidt war zeitlebens überzeugt, durch den Zweiten Weltkrieg gelernt zu haben, ein erhebliches Maß an Gelassenheit bei gleichzeitig äußerster Anstrengung der eigenen Nerven und des eigenen Verstandes aufbringen zu können, und sah diese Eigenschaft auch bei Horst Herold, Burkhard Hirsch und Hans-Jochen Vogel, nicht aber bei seinem Innenminister.



Horst Herold erklärt Werner Maihofer während seines ersten Besuchs im BKA 1974 ein modernes Elektronenrastermikroskop

Man muss hier ganz deutlich sagen: Schmidts Linie war klar. Fraglos waren viele erleichtert, dass es jemanden gab, der diese Entschlossenheit ausstrahlte. Und fraglos arbeiteten alle unter Hochdruck daran, Schleyer zu finden. Horst Herold, der eng an Schmidts Seite stand, war ein einzigartiger Kenner der linksradikalen Gewaltszene in der Bundesrepublik. Aber man muss, wenn man an diese Wochen zurückdenkt, auch festhalten, dass Maihofer immer weiter ins Abseits geriet. Horst Herold war der Chef einer dem Innenministerium zugeordneten Behörde, doch er wuchs Maihofer mit seinem Charisma des glänzenden Kriminologen über den Kopf. Die Hierarchie zwischen dem BKA und dem Innenministerium schien außer Kraft gesetzt. Mitarbeiter der Polizei, die auf der Länderebene das Sagen hatten und auch Mitarbeiter im Innenministerium, die über viel Sachverstand verfügten, wurden in den Wochen der Entführung regelmäßig mit Vorschlägen und kritischen Anmerkungen übergangen.

Helmut Schmidt war ein glänzender Politiker, Weltökonom, ein Mann des nüchternen Pragmatismus. Er war vor seiner Kanzlerschaft ein starker Finanzminister gewesen, schon damals ein Krisenmanager, der mit

Ruhe und Entschiedenheit voring, aber er hatte, auch als Bundeskanzler, ob in seiner Außen- oder der Innenpolitik, keine Sensibilität für die Menschenrechte, sie spielten für ihn eine untergeordnete Rolle. Er hatte auch keinen Sinn für das, was die junge Generation in der Bundesrepublik umtrieb. Die Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre hatte Helmut Schmidt vergleichsweise wenig gekümmert, auch nicht die weltweite Protestbewegung. So hat es die Mehrheit der Politiker gehalten, was rückblickend ein Fehler war. In der RAF und der Debatte, die sich dann 1970 in der Linken entzündete – ob Letztere solidarisch sein müsse oder nicht –, hat Schmidt nur die Verbrechen gesehen, nicht das Umfeld, nicht die Wurzeln der ersten Generation der Gruppe. Er hatte kein Gespür für das, was in den jungen Menschen vor sich ging, kein Gespür für gesellschaftliche Entwicklungen. Die Lehre dieser Zeit: Terrorismus beginnt in den Köpfen der Leute. Keineswegs sollen mit dieser Feststellung Straftaten gerechtfertigt werden. Ich habe für die RAF und ihre Verbrechen kein Verständnis, aber durch eine genauere Beschäftigung mit den Auswüchsen der Protestbewegung Ende der sechziger Jahre hätten wir vielleicht etwas verändern können.

Hanns-Eberhard Schleyer

In den Jahren vor der Ermordung meines Vaters hatten linke Intellektuelle zur zunehmenden Radikalisierung der Studentenbewegung beigetragen, weil sie für sich in Anspruch genommen hatten, man könne nur aus einer radikalen Position heraus Veränderungen herbeiführen. Sie hatten laut Systemveränderungen gefordert. Als die RAF im Herbst 1977 dann mit aller Radikalität Veränderungen erzwingen wollte, schwiegen sie weitgehend. Ich sprach in den Jahren nach dem Tod meines Vaters mit vielen Literaten und Universitätsprofessoren, die sicher keine klammheimliche Sympathie für seine Mörder empfanden, aber – das war mein Vorwurf an sie – nicht erkannt hatten oder hatten erkennen wollen, dass sie, die Intellektuellen und geistigen Führer der Studentenbewegung, mit ihren plakativen Positionen auch einen erheblichen Einfluss auf Teile der studentischen Jugend ausgeübt hatten.

Wäre es nicht ebenso in ihrer Verantwortung gewesen, sich deutlicher gegen die Gewalt auszusprechen? Was sie gesagt und geschrieben hatten, war Baustein des ideologischen Fundaments der RAF geworden, die sich als revolutionäre Avantgarde betrachtete – legitimiert, mit allen Mitteln das bestehende System anzugreifen. Auch durch Mord.

Mit dem Publizisten Jean Améry diskutierte ich einmal öffentlich über diesen Vorwurf. Gegen Ende räumte er ein, ihm sei nicht bewusst gewesen, welchen Einfluss er auf die jungen Leute gehabt habe. «Ich hätte wissen müssen, dass bestimmte Thesen und Aussagen in ihrer plakativen Form so ernstgenommen werden würden, dass daraus bestimmte Handlungen entstehen. Auch gewaltsame. Und das bedauere ich zutiefst», sagte er mir.

Auch mit Heinrich Böll gab es ein Gespräch, auch er änderte seine Haltung. Diese Form der intellektuellen Auseinandersetzung hatte es vor 1977 nicht gegeben – und vor allem waren die geistigen Väter der Studentenbewegung nicht bereit gewesen, auf diese Weise Verantwortung zu übernehmen. Man hatte sich vor dem Deutschen Herbst theoretisch mit den Mitscherlichs, mit Marcuse und Adorno beschäftigt, es gab auch die eine oder andere Debatte im Feuilleton, aber eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Meinungsbildnern der Studentenbewegung war ausgeblieben. Sie begann erst nach den Morden des Jahres 1977. Bei vielen Multiplikatoren, wie ich sie nenne, haben erst diese Gewalttaten dazu geführt, dass auf ihrer Seite überhaupt eine Diskussionsbereitschaft aufkeimte. Die Gewalt der RAF nahm ihr die Sympathisanten.

Es hatte für mich etwas Versöhnliches und Sinngebendes, dass Bewegung in die gesellschaftliche Debatte kam. Nun wurden die Phänomene Terrorismus und politisch motivierte Gewalt auf einer viel breiteren Basis diskutiert. Es gibt die ganz persönliche Bewältigung von Verlust, eine emotionale Aufarbeitung der Geschehnisse, die für die Öffentlichkeit verborgen in einem selbst und mit der Familie stattfindet. Die Diskussionen mit den Intellektuellen waren für mich daneben ein wichtiger Schritt, um der Trauer zu begegnen.

[...]